



Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden

5. Auflage, September 2023



FRIEDENSGLOBUS AUF DEM UNABHÄNGIGKEITSPLATZ IN KIEW

Foto: Matt Shalvatis/CC BY-NC-SA 2.0

Der Krieg in der Ukraine verursacht Leid, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert.¹ Mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder zum Atomkrieg eskaliert. Das zeigte zuletzt die zugespitzte Lage im Schwarzen Meer². Und jeden Tag verstärkt sich die weltweite Hungersnot, die schon vor dem Ukrainekrieg circa ein Zehntel der Weltbevölkerung betraf.³ Jeder Kriegstag ist einer zu viel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich beendet werden.

Im Oktober 2022 ist der Krieg in der Ukraine in eine neue Phase getreten: mit der Annexion von vier ukrainischen Gebieten durch Russland⁴, mit dem Raketenbeschuss ukrainischer

Städte und der gezielten Zerstörung von ziviler Infrastruktur sowie zunehmenden Drohungen mit bzw. Warnungen vor einer nuklearen Eskalation. Mit der Lieferung von Kampfpanzern und Kampffjets erhöht sich das Eskalationsrisiko weiter und die Möglichkeiten von Verhandlungen werden noch mehr eingeschränkt. Wir sehen dieses Dilemma – und betrachten es angesichts des Risikos eines Atomkrieges weiterhin und umso dringlicher, als unsere Aufgabe, nach Möglichkeiten für einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu suchen und sie in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Gleichzeitig ist es heute in der öffentlichen Debatte eher möglich als vor einem Jahr, sich für einen Waffenstillstand einzusetzen und Bedenken gegen eine längerfristige Fortsetzung des Krieges zu äußern. Weltweit versuchen seit einigen Monaten Diplomaten*innen und Politiker*innen zwischen den Regierungen der Ukraine und Russlands zu vermitteln. Diese Anstrengungen werden von einzelnen Personen oder Regierungen, zunehmend aber auch durch verschiedene Staatengruppen unternommen.⁵

1 Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat seit dem Einmarsch russischer Truppen am 24. Februar 2022 den Tod von mehr als 7.155 Zivilist*innen in der Ukraine dokumentiert, mehr als 11.940 wurden verletzt (Stand August 2023). Laut der New York Times wurden auf beiden Seiten etwa 500.000 Soldat*innen getötet oder verwundet. Diese Zahlen lassen sich nicht unabhängig überprüfen. Laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats sind mehr als 14 Millionen Menschen aus der Ukraine und innerhalb des Landes geflohen.

2 <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-1.6048608>

3 <https://www.sueddeutsche.de/politik/un-un-warnen-vor-hungerwelle-hohe-kosten-durch-ukraine-krieg-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220608-99-595122>

4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/verhandlungen-diplomatie-ukraine-krieg-rus->

sland-100.html Originaltext unter <https://www.president.gov.ua/documents/6792022-44249>

5 <https://www.jungewelt.de/artikel/452707.zur-friedensfrage-das-mantra-des-krieges-ist-aufgelockert.html>

Inhalt

I Überblick: Überblick über Abkommen, Vertragsentwürfe und Verhandlungen	3
II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge	6
UN-Ebene/OSZE	6
Initiativen von Staaten	8
III Friedensforschung, Expert*innen, Militärs und Thinktanks	11
IV Bewegung in der Zivilbevölkerung	16
V Forderungen der IPPNW	21

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Regierung. Präsident Putin kommt die zentrale Verantwortung zu, die Kampfhandlungen umgehend einzustellen. Gleichzeitig erfordert es gemeinsames Handeln, den Krieg zu beenden und Frieden zu schaffen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor formulierte es so: „Die Welt hat eine Verantwortung, für Frieden zu sorgen“.⁶ Doch trotz des unermesslichen Leids durch den Krieg finden derzeit keine direkten Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung statt. Unmittelbar nach dem Beschluss, Kampfpanzer in die Ukraine zu liefern, begann im westlichen Bündnis die Debatte über die nächste Eskalationsstufe, die Lieferung von Kampfflugzeugen. Am 24. Januar 2023 wurde die „Doomsdayclock“ der Organisation „Bulletin of Atomic Scientists“ auf 90 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Russlands kaum verhüllte Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, erinnern die Welt daran, dass eine Eskalation des Konflikts – durch einen Unfall, durch Absicht oder durch Fehlkalkulation ein furchtbares Risiko ist“, so die Präsidentin der Organisation.⁷

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW sieht die Gefahr einer Eskalation zum Atomkrieg oder auch eines jahrelangen Zermürbungskrieges mit katastrophalen humanitären Folgen für die Menschen in der Ukraine und weltweit. Sie fordert verstärkte internationale Bemühungen für sofortige Verhandlungen und eine diplomatische Lösung.

Im Folgenden findet sich eine Sammlung von Vorschlägen und Möglichkeiten für einen Waffenstillstand sowie Wege zu einer Lösung der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. Russland und der NATO. Dabei wird berücksichtigt, dass die Staaten der NATO durch die Osterweiterung, die Aufkündigung von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen sowie eigene Verstöße gegen das Völkerrecht eine Mitverantwortung für die seit den 90er-Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO tragen. Bedacht wird außerdem, dass die Verantwortung für die Zahl weiterer Opfer und die Gefahr einer atomaren Eskalation nicht allein einer Partei zufällt. Die Ideensammlung beinhaltet verschiedene Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Das Papier soll einen Beitrag zu einer konsequenten Suche nach friedlichen Mitteln zur Konflikttransformation leisten.⁸ Es wird laufend aktualisiert und ergänzt.

Bei der Suche nach Waffenstillstand und Frieden sei es wichtig, einen Prozess und nicht ein Endresultat vor Augen zu haben. Darauf weist Wolfgang Sporrer hin, der zahlreiche Verhandlungen im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Union (EU) begleitete.⁹ „Einer der größten Fehler, der von Menschen gemacht wird, die für Waffenstillstand und Frieden eintreten, ist über mögliche Endresultate zu sprechen. Derjenige, der von potenziellen Endresultaten oder -kompromissen spricht, wird sofort so toxisch, dass er für mindestens eine der Parteien nicht mehr als akzeptabler Vermittler gilt. Alle denkbaren Endscenarien werden zu diesem Zeitpunkt zurückgewiesen werden“, schreibt er. Deshalb sei es wichtig, einen Prozess vor Augen zu haben: kleine Schritte, die für beide Seiten hinnehmbar sind. So könne „eine Art von Vertrauen“ unter den Verhandlungsdelegationen hergestellt werden. Ein guter Mediator sage: „Das ist ein ergebnisoffener Prozess.“

Der chinesische 12-Punkte-Plan beispielsweise hebt „zentrale Maximen der Konfliktforschung zur Deeskalation und zum Start von Friedensgesprächen hervor. Er hütet sich, noch dazu in dieser frühen Phase, konkrete Vorschläge zu machen...“, so die Bewertung des Friedensforschers Prof. Werner Wintersteiner. Er bescheinigt dem Plan „eine friedenspolitische, völkerrechtliche und UNO-konforme Diktion.“¹⁰

6 www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html

7 <https://thebulletin.org/doomsday-clock/current-time>

8 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>, 29. Juni 2022

9 <https://te.ma/art/x7yp78/verhandlungswege-frieden-sporrer-interview/>

10 https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Wintersteiner_Chinas_12_Punkte-Plan.pdf

„Echter Frieden muss das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Taten. Er muss dynamisch und nicht statisch sein, sich mit den Herausforderungen verändern, um jeder neuen Generation gerecht zu werden. Denn Frieden ist ein Prozess – ein Weg, Probleme zu lösen.“ (John F. Kennedy, 1963)

Ausgeklammert werden in diesem Papier innenpolitische ukrainische Faktoren wie die verfassungsrechtliche Krise 2014 mit der Absetzung von Präsident Wiktor Janukowytsch und den nachfolgenden ukrainischen Entwicklungen. Nicht diskutiert werden können hier ebenso innenpolitische russische Faktoren wie die langjährige Implementierung zunehmend autoritärer Strukturen: Eine Entwicklung, die sich seit dem Kriegsbeginn erheblich verschärft hat und auch unsere Arbeit als internationale Friedensorganisation mit Repräsentanz in Russland betrifft.

I Überblick über Abkommen, Vertragsentwürfe und Verhandlungen

Minsk II-Abkommen und „Normandie-Format“

Deutschland und Frankreich hatten 2014 zur Lösung des Krieges in der Ostukraine das sogenannte „Normandie-Format“ ins Leben gerufen. Die Vermittlungsrunden, bestehend aus jeweils einem*einer Vertreter*in aus der Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich, führten 2015 zur Unterzeichnung von Minsk II.

Das Abkommen wurde unter Teilnahme und Vermittlung der OSZE ausgehandelt, nachdem das Waffenstillstandsabkommen Minsk I gescheitert war. Nach einer einstimmigen Resolution des UNO-Sicherheitsrates trat Minsk II im Februar 2015 völkerrechtlich in Kraft.¹¹ Ausgehandelt wurde dieses Abkommen von Russland (Wladimir Putin), der Ukraine (Petro Poroschenko), Frankreich (François Hollande) und Deutschland (Angela Merkel). In dem Abkommen wurden zahlreiche Maßnahmen vereinbart zur Befriedung den Regionen Donezk und Luhansk wie z. B.:

- » Waffenstillstand und Abzug schwerer Waffen durch beide Seiten unter OSZE-Überwachung,
- » Freilassung und Austausch der Gefangenen, Begnadigungen und Amnestie,
- » sofortiger Beginn des Dialoges über die Modalitäten von Kommunalwahlen in Entsprechung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem ukrainischen Gesetz „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der

Oblaste Donezk und Luhansk“ und auf dieser Grundlage ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete,

- » Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen der Ostukraine und Kiew einschließlich des Bankensystems, der Überweisungen von Zahlungen z.B. Sozialleistungen wie Rentenzahlungen,
- » Kontrolle über die Staatsgrenzen durch die ukrainische Regierung,
- » Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten und ihrer Militärtechnik, ebenso von Söldnern vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppierungen,
- » Verfassungsreform, in der auch der Sonderstatus der Regionen Luhansk und Donezk und die Dezentralisierung der Ukraine verankert wird.

Vollständig umgesetzt wurde das Abkommen jedoch nie. Beide Seiten brachen immer wieder den Waffenstillstand. Nicolai Petro, Professor an der US-University Rhode Island, sieht die Rechtsextremen in der Ukraine und deren erfolgreiche Einschüchterung der ukrainischen Regierung als entscheidenden Faktor dafür, dass das Minsker Abkommen nicht umgesetzt wurde. Das Konzept der Regionalisierung sei den Nationalisten, dem nationalistischen Diskurs in der Ukraine zuwider gewesen.¹²

Bereits vor dem Krieg wies Wolodymyr Selenskyj im Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021 die Regierung an, einen „Aktionsplan“ herauszuarbeiten, um den Donbass und die Krim wieder unter staatliche ukrainische Kontrolle zu bringen.¹³ Im April 2021 meldete der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, dass Russland „mehr als 150.000 Soldaten“ an der Grenze zur Ukraine und auf der annektierten Halbinsel Krim stationiert habe. Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in einem ZEIT-Interview (Nr. 51/2022): „Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.“¹⁴ Der ehemalige französische Präsident Hollande sagte wenig später, dass Minsk-II dazu dienen

11 Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 im Wortlaut: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015/>

12 <https://www.infosperber.ch/politik/welt/ukraine-rechtsextreme-verhinderten-autonomie-des-donbas/>

13 <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/332322/chronik-23-maerz-bis-25-april-2021/>

14 „Hatten Sie gedacht, ich komme mit Pferdeschwanz?“, Die Zeit, 08.12.2022

sollte, das Vorrücken der pro-russischen Donbass-Milizen aufzuhalten.¹⁵

Ende 2021, Anfang 2022 wurde unter Vermittlung Frankreichs erneut versucht, Vereinbarungen zu treffen, um das Minsker Abkommen einzuhalten. Sowohl der russische Präsident Putin als auch sein ukrainischer Amtskollege Selenskyj erklärten sich bereit, mit der Umsetzung zu beginnen.¹⁶

Im Februar 2022 scheiterte eine weitere Gesprächsrunde in diesem Format, da Russland eine gemeinsame Erklärung ablehnte. Streitpunkt war, wer in den betroffenen Gebieten Luhansk und Donezk für die Umsetzung des Minsk II-Abkommens der Ansprechpartner sein sollte. Die ukrainische Seite hatte sich geweigert, die Minsker Vereinbarung zu zitieren, wonach der künftige Status der Regionen Donezk und Luhansk nach dem Krieg in Konsultationen mit den Vertretenden der Bezirke geklärt werden sollte. Sie war nicht bereit, die demokratisch nicht legitimierten und von Russland eingesetzten Vertreter der betroffenen Regionen als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Ab 16. Februar 2022 vermeldete die OSZE-Mission eine starke Zunahme von Angriffen auf die Donbass-Republiken. Die Konfliktparteien gaben sich gegenseitig die Schuld an den Verstößen. Mit der Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk am 21. Februar 2022 schuf der russische Präsident Putin neue Tatsachen und brach endgültig mit den Vereinbarungen des Minsker Abkommens. Der anschließende Einmarsch Russlands in die Ukraine setzte dem Friedensprozess ein Ende.

Russische Vertragsentwürfe zu Sicherheitsgarantien

Das russische Außenministerium hatte im Dezember 2021 vor dem völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine Vertragsentwürfe für gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO sowie zwischen Russland und den USA vorgelegt. Das Ostinstitut Wismar veröffentlichte die russischen Vertragsentwürfe in einer inoffiziellen deutschen Übersetzung.¹⁷ Die Vertragsentwürfe sind im Hinblick auf Verhandlungslösungen immer noch von großer Bedeutung, sie enthalten die zentralen Forderungen,

über die aus russischer Sicht verhandelt werden muss. Das sind vor allem:

» Verzicht der NATO auf eine weitere Expansion nach Osten und auch auf Manöver in Nicht-Mitgliedstaaten, also u. a. in der Ukraine, im Südkaukasus und Zentralasien.

» Rückzug von westlichen NATO-Truppen aus den nach 1997 aufgenommen Mitgliedsländern, entsprechend der NATO-Russland-Grundakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit.

» Festlegung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der Grenze, in denen keine Manöver mit mehr als einer Brigade durchgeführt werden dürfen.

» Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa.

» Verbot der Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Territoriums. Ein Passus, der sich auch gegen die „Nukleare Teilhabe“ in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei richtet, wo insgesamt etwa 100 Atombomben lagern, mit denen Ziele in Russland angegriffen werden können.

Sowohl die US-Regierung als auch die NATO wiesen diese Forderung zurück.¹⁸ Laut Antwort der USA sei man jedoch bereit, eine dauerhafte Stationierung von Kampftruppen und bodengestützten Raketensystemen in der Ukraine auszuschließen – vorausgesetzt, Moskau gehe ebenfalls entsprechende Verpflichtungen ein.¹⁹ Politikwissenschaftler*innen zufolge hätte über die russischen Vertragsentwürfe verhandelt werden können. Russlands rote Linie sei ein NATO-Beitritt der Ukraine gewesen.²⁰

Zehn-Punkte-Plan von Istanbul

Die Financial Times berichtete am 16. März 2022, die ukrainischen und russischen Verhandlungsteams hätten „bedeutende Fortschritte bei einem vorläufigen Friedensplan“ gemacht, der einen Waffenstillstand und einen russischen Rückzug vorsah, „wenn Kiew seine Neutralität erklärt und eine Begrenzung sei-

¹⁵ „Hollande: There will only be a way out of the conflict when Russia fails on the ground“, Kiew Independent, 28.12.2022

¹⁶ <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c68666>

¹⁷ https://www.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut_Vertrag_zwischen_der_RF_und_den_USA_%C3%BCber_Sicherheitsgarantien_OL_2_2021.pdf

¹⁸ https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta_otan/respuesta_otan_eeuu.pdf

¹⁹ ebd. Gemeldet hatte das auch die Tagesschau (Artikel gelöscht): <https://web.archive.org/web/20220216145146/https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-russland-ukraine-elpais-101.html>

²⁰ <https://www.n-tv.de/politik/Traegt-der-Westen-eine-Mitschuld-an-Russlands-Krieg-article23208433.html>

„Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen.“ (Friedensgutachten 2022)

ner Streitkräfte akzeptiert“.²¹ Diskutiert wurde ein mögliches Friedensabkommen, demzufolge die Ukraine ihre territoriale Integrität weitgehend bewahren und ihre Streitkräfte behalten könne, jedoch keine NATO-Mitgliedschaft mehr anstreben und keiner ausländischen Macht gestatten würde, Militärstützpunkte auf ihrem Hoheitsgebiet zu errichten. Im Gegenzug sollten alle russischen Besatzungstruppen abziehen und die Ukraine Sicherheitsgarantien von Verbündeten wie den USA, Großbritannien und der Türkei zugesichert bekommen. Beispiele für eine Entmilitarisierung könnten Österreich und Schweden sein, so der Sprecher des Kremls Dimitri Peskow. Der Entwurf sah auch Zwischenlösungen für den Donbass und die Krim vor sowie die Verankerung von Rechten für die russische Sprache in der Ukraine.

Im Rahmen der russisch-ukrainischen Gespräche vom 29. März 2022 in Istanbul legte die ukrainische Delegation dann einen neuen schriftlichen Vorschlag für ein Sicherheitsgarantieabkommen vor. Medienberichten zufolge sei man in den Verhandlungen „nahe an eine (...) Einigung über Sicherheitsgarantien“ gekommen.²²

Die zehn Punkte des ukrainischen Vorschlags lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Punkt 1: Die Ukraine akzeptiert politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantiestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

Punkt 2: Die internationalen Sicherheitsgarantien der Ukraine im Rahmen des Vertrages gelten nicht für die Krim, Sewastopol und einzelne Gebiete des Donbass. Die Parteien müssen die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Seite sie auf ihre eigene Weise versteht.

Punkt 3: Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung der Garantenstaaten durchzuführen.

Die Garantenstaaten sollen dabei ihre Absicht bekräftigen, die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.

Punkt 4–6: Hier wird skizziert, wie die Garantenstaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine vorzugehen haben, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO vorsieht.

Punkt 7: Inkrafttreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen Referendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung.

Punkt 8: Bestreben, offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu lösen. Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.

Punkt 9: Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Truppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.

Punkt 10: Persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen.²³

Der weitere Kriegsverlauf mit den militärischen Erfolgen der Ukraine, den Zusagen westlicher Staaten für umfangreiche Waffenlieferungen und die Erwartung, dass die Ukraine siegen könnte, sowie das Bekanntwerden von Kriegsverbrechen trugen dazu bei, dass der Verhandlungsprozess zum Erliegen kam. Laut westlichen und ukrainischen Medienberichten sei zudem der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson bei Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew am 9. April 2022 für den Abbruch der Verhandlungen mit Russland maßgeblich gewesen. Der britische Guardian schrieb am 28. April 2022, Boris Johnson habe vom ukrainischen Präsidenten verlangt, „keine Zugeständnisse an Putin zu machen“.²⁴

Der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett, der hinter den Kulissen intensiv an Verhandlungen zwischen Kiew und

21 Ukraine and Russia explore neutrality plan in peace talks. Fifteen-point draft deal would involve Kyiv renouncing NATO ambitions in return for security guarantees, Financial Times, 16.3.2022

22 <https://www.rnd.de/politik/ukraine-verhandlung-russland-zieht-erste-forderungen-zu-rueck-durchbruch-EVANOK5LRFD33C3XJVH2KRJBMA.html>

23 <http://www.russland.news/der-10-punkte-plan-der-ukraine/>

24 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/apr/28/liz-truss-ukraine-war-russia-conservative-power>

Moskau gearbeitet hat, erklärte Anfang Februar 2023 in einem Videointerview, dass ein Waffenstillstand damals in greifbarer Nähe gewesen sei. Beide Seiten seien zu erheblichen Zugeständnissen bereit gewesen. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.²⁵

Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland

Seit Beginn des Krieges gab es mehrfach einen Gefangenenaustausch zwischen den beiden Kriegsparteien. Ein Austausch, über den am 4. Februar 2023 berichtet wurde, kam durch die Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate zustande. Auch die Türkei spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen. 116 ukrainische Gefangene und 63 russische Gefangene kamen wieder frei.²⁶ Zuletzt gab es im Juni 2023 einen Gefangenenaustausch. Die Ukraine und Russland haben jeweils mehr als 90 Männer freigelassen. Kiew habe 95 Soldaten zurückerhalten, die unter anderem bei Kämpfen um die Städte Bachmut und Mariupol in russische Gefangenschaft geraten seien. Das russische Verteidigungsministerium meldete die Freilassung von 94 Kämpfern aus ukrainischer Gefangenschaft.²⁷ Seit Kriegsbeginn konnten laut der Ukraine knapp 2.600 Soldaten und Zivilisten aus russischer Gefangenschaft befreit werden.²⁸

Getreideabkommen

Nach einer langen Blockade der ukrainischen Häfen hatten sich die Ukraine und Russland im Juli 2022 unter Vermittlung der Türkei auf ein Abkommen geeinigt, das den Weg zur Freigabe von dringend benötigtem Getreide und anderen Agrarprodukten aus ukrainischen Häfen ebnete. Mit der Vereinbarung sollte es auch Russland trotz Sanktionen erlaubt sein, Getreide und Düngemittel auszuführen. Guterres bezeichnete das Abkommen vom 22. Juli 2022 als einen „Hoffnungsschimmer“ und eine „kollektive Errungenschaft“ des neu gegründeten Gemeinsamen Koordinierungszentrums, das unter der Schirmherrschaft der UN in Istanbul eingerichtet wurde. Russland hat das Abkommen über den ukrainischen Getreideexport über das Schwarze Meer allerdings

am 17. Juli 2023 ausgesetzt. Das Land setzte den UN eine dreimonatige Frist zur „Wiederbelebung“ des Getreideabkommens.²⁹ Als Begründung gab Russland an, dass die beschlossenen Vereinbarungen bezüglich der russischen Getreide- und Düngemittellieferungen nicht eingehalten worden seien.³⁰ Anlässlich des Russland-Afrika-Gipfels in St. Petersburg vom 27.–28. Juli 2023 forderten die afrikanischen Staaten mit Nachdruck die Rückkehr zum Getreideabkommen und zum Frieden. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa. „Wir haben gesagt, dass wir uns wünschen, dass das Schwarze Meer für die Weltmärkte geöffnet wird. Und wir sind nicht hierher gekommen, um einige ‚Geschenke‘ für den afrikanischen Kontinent zu bitten.“³¹ Medienberichten zufolge will UN-Generalsekretär Antonio Guterres den sanktionierten Export russischen Düngers wieder erleichtern. Ziel ist, Putin zu einer Rückkehr zum Getreideabkommen mit der Ukraine zu bewegen.³²

II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge

UN-Ebene/OSZE

Beschluss der UN-Generalversammlung vom 2. März 2022

Nachdem eine Verurteilung von Russland im Sicherheitsrat aufgrund der russischen Vetomacht gescheitert war, tagte am 2. März 2022 die UN-Generalversammlung. Die Resolution³³ zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges wurde mit einer großen Mehrheit von 141 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 35 Enthaltungen angenommen. Die UN-Generalversammlung fordert darin „nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ (UNGA 2022). (Punkt 14) Die Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach macht in einem Artikel für das Friedensforum³⁴ darauf aufmerksam, dass Zwangsmittel wie Sanktionen oder auch Waffenlieferungen laut UN-Charta nicht zu den fried-

25 <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871>

26 <https://www.friedenskooperative.de/ukraine-verhandlungen-sind-moeglich>

27 <https://de.euronews.com/2023/06/11/ukraine-erzielt-lokale-gebietsgewinne-neuer-gefangenenaustausch>

28 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-gefangenenaustausch-100.html>

29 <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-260.html>

30 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/getreideabkommen-putin-droht-nicht-verlaengern-ukraine-krieg-russland-100.html>

31 https://www.spiegel.de/ausland/wladimir-putin-der-kreml-chef-ist-mit-seinem-afrikagipfel-krachend-gescheitert-a-6078e0d9-2bab-469d-b848-7d9b75c3aa4c?sara_ref=re-so-app-sh und <http://kremlin.ru/events/president/news/71835>

32 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/guterres-getreideabkommen-kompromissvorschlag-100.html>

33 www.aljazeera.com/news/2022/3/3/unga-resolution-against-ukraine-invasion-full-text

34 Verhandlungen zur Kriegsbeendigung, Artikel im Friedensforum 09/2022



lichen Mitteln gehören. „Für Aktionen außerhalb der friedlichen Mittel, die von den westlichen Staaten in Form von Sanktionen und Aufrüstung praktiziert werden, gibt es in der Generalversammlung keine Mehrheit“, so Birckenbach.

Resolution der UN-Generalversammlung vom 12. Oktober 2022

Die UN-Vollversammlung hat die Annexionen Russlands in der Ukraine am 12. Oktober 2022 mit großer Mehrheit verurteilt. 143 der 193 Mitgliedsstaaten stimmten für eine entsprechende Resolution – fünf Länder votierten dagegen, 35 enthielten sich. Die Resolution erklärt die Annexion für ungültig. Zudem wird die Russische Föderation aufgefordert, die Eingliederung der teils besetzten Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson rückgängig zu machen. In Punkt 7 der Resolution werden die Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen, einschließlich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen, aufgefordert, eine Deeskalation der derzeitigen Situation und eine friedliche Beilegung des Konflikts durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel zu unterstützen, unter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und im Einklang mit den Grundsätzen der Charta.³⁵

Resolution der UN-Generalversammlung vom 23. Februar 2023

Am 23. Februar 2023 stimmte die UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit (141 Stimmen) für eine Resolution, die zum gerechten Frieden nach den Kriterien der UN-Charta aufruft und Russland zum Rückzug aller militärischen Streitkräfte auffordert. Es gab sieben Gegenstimmen und 32 Enthaltungen. In der Resolution äußern die Staaten ihre große Besorgnis über die negativen Auswirkungen des Krieges auf die weltweite Ernährungssicherheit, Energie, die nukleare Sicherheit und den Schutz der Umwelt und unterstreichen die Notwendigkeit, so bald wie möglich einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu erreichen. Die Mitgliedstaaten und die internationalen

Organisationen werden aufgefordert, ihre Unterstützung für die diplomatischen Bemühungen um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu verdoppeln.³⁶

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die OSZE³⁷ ist die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der Russland, Nordamerika und die europäischen Länder gemeinsam vertreten sind. Seit Beginn des Konflikts hat die Organisation immer wieder ihre Bereitschaft verkündet, als Plattform für eine Lösung zur Verfügung zu stehen.

So könnten vertrauensbildende Maßnahmen wie die Beobachtungsmission der OSZE von Manövern oder Militärgerät zukünftig wieder eingesetzt werden. Laut dem italienischen Friedensplan könne zudem ein neues multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa im Rahmen der OSZE verhandelt werden.

Allerdings behindert der langjährige Konflikt zwischen Russland und den westlichen OSZE-Staaten die Organisation bereits seit Längerem. Ex-OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger erklärte am 13. Oktober 2022: „Die extreme Polarisierung zwischen den Schlüsselakteuren der europäischen Sicherheit beobachten wir in der OSZE schon seit mehr als einem Jahrzehnt: So sind die ganzen Rüstungskontrollsysteme, die Sicherheitsarchitektur, bei deren Aufbau die OSZE mitgeholfen hat, dabei zu zerfallen.³⁸ Mit dem Angriff auf die Ukraine hat sich das nun noch verschärft. Im Moment ist die OSZE weitestgehend blockiert.“ Mit einem neuen Programm unterstützt die OSZE mit einer freiwilligen Staatengruppe – darunter Deutschland – seit dem 1. November 2022 die Ukraine weiter bei ihren Reformen und beim Wiederaufbau des Landes.³⁹

³⁵ <https://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ares-es-11-4.pdf>

³⁶ <https://digitallibrary.un.org/record/4004933?ln=en>

³⁷ <https://www.osce.org/project-coordinator-in-ukraine>

³⁸ <https://www.diepresse.com/6202036/ex-osze-chef-zu-ukraine-konflikt-haette-nicht-im-krieg-enden-muessen>

³⁹ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/-/2560582>

Initiativen von Staaten

Italiens Friedensplan

Im Mai 2022 legte der italienische Außenminister Luigi di Maio dem UN-Generalsekretär António Guterres einen Friedensplan in vier Schritten vor.⁴⁰ Dieser soll die UN, die EU und die OSZE in die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einbinden. Unter der Aufsicht einer internationalen Vermittlungsgruppe solle ein vierstufiger Plan umgesetzt werden: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, Lösung territorialer Fragen und ein europäischer und internationaler Sicherheitspakt. In jeder Etappe solle geprüft werden, ob sich die Parteien an ihre Verpflichtungen halten, damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann.

1. Schritt: Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger Entmilitarisierung der Frontlinien und der Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen.

2. Schritt: Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der Ukraine, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie abzusichern ist.

3. Schritt: Bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Status der umkämpften ukrainischen Gebiete. Weitgehende Autonomie der Krim und der Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine. Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des Zahlungsverkehrs sowie kultureller und sprachlicher Rechte.

4. Schritt: Verhandlung eines multilateralen Abkommens unter Führung der OSZE über einen europäischen Sicherheitspakt, der auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland regelt. Inhalte dieses Vertrages wären internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention sowie der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen Gebieten. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

Internationale Arbeitsgruppe im Vatikan

Auf Einladung des Vatikans erarbeitete eine internationale Arbeitsgruppe um den US-amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs im

Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“.⁴¹

In der abschließenden Erklärung heißt es: „Der Krieg in der Ukraine wird sich wahrscheinlich zu einem Zermürbungskrieg entwickeln und statt als offener Sieg einer Seite über die andere als eingefrorener Konflikt oder als ausgehandelter Frieden enden. Ein ausgehandelter Frieden wäre ein besseres Ergebnis als die Opfer eines Zermürbungskriegs und eines eingefrorenen Konflikts sowohl für die Völker als auch für die Regierungen der Ukraine, Russlands, der USA und der EU und des Rests der Welt.“

Der Zehn-Punkte-Plan von Istanbul könne laut der Arbeitsgruppe als Basis für ein mögliches Friedensabkommen genutzt werden. Auch der vierstufige italienische Friedensplan sei dafür geeignet.

Die Arbeitsgruppe schlägt folgende Vorgehensweise vor:

- » Neutralität der Ukraine.
- » Sicherheitsgarantien für Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine durch die fünf ständigen Mitglieder der Vereinten Nationen (P5: China, Frankreich, Russland, Großbritannien und Vereinigte Staaten) sowie der EU und der Türkei.
- » Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren – danach würden die Parteien auf diplomatischem Weg eine dauerhafte De-jure-Lösung⁴² anstreben.
- » Autonomie der Regionen Luhansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte einschließen könnte.
- » Garantierter wirtschaftlicher Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder.
- » Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland verknüpft mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß dem Abkommen.
- » Einen multilateralen Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung der vom Krieg gezeichneten Regionen der Ukraine – an dem auch Russland beteiligt ist – und sofortigen Zugang für humanitäre Hilfe.

⁴⁰ https://www.repubblica.it/politica/2022/05/19/news/piano_pace_governo_italiano_4_tappe-350167027/

⁴¹ <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/285535/erreichen-eines-gerechten-und-dauerhaften-friedens-in-der-ukraine-deutsch.pdf>

⁴² „de jure“: der formellen Rechtslage zufolge



» Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Bereitstellung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens.

Mexikanischer Vorschlag für eine Diplomatie-Kommission

Marcelo Ebrard Casaubon, mexikanische Außenminister, schlug auf der 77. UN-Vollversammlung im September 2022 vor, die Vermittlungsbemühungen von UN-Generalsekretär António Guterres zu stärken und die Lähmung des UN-Sicherheitsrats zu überwinden durch die Bildung einer Kommission mit hochrangigen internationalen Persönlichkeiten wie z. B. dem indischen Premierminister Narendra Modi und Papst Franziskus, die mit den Regierungsspitzen der Ukraine und der Russischen Föderation verhandelt. Mexiko sei bereit, einen diplomatischen Kanal zu den Konfliktparteien zu öffnen, um diese Verhandlungen zu ermöglichen.⁴³ Mehrere lateinamerikanische Länder wollen Mexikos Vorschlag unterstützen. Als einer der ersten Staats- und Regierungschefs der Region hatte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro am 21. September 2022 erklärt: „Ich lade auch Europa ein, über Frieden zu sprechen.“⁴⁴

Afrikanische Union fordert Mediationsmission

Mehrere Regierungschefs aus dem Globalen Süden haben auf der UN-Generalversammlung im September 2022 auf Verhandlungen gedrängt. Macky Sall, Präsident Senegals und damaliger Vorsitzender der Afrikanischen Union, rief dazu auf, eine Verhandlungslösung für den Ukrainekrieg anzustreben und dazu eine „Mediationsmission“ zu initiieren.⁴⁵

Ukrainischer Vorschlag für einen Friedensgipfel

Die ukrainische Regierung hat Ende Dezember 2022 erklärt, bis Ende Februar 2023 in einer international besetzten Konferenz über Möglichkeiten für einen Frieden nach einem Jahr Krieg in der Ukraine beraten zu wollen. Grundlage des Gipfels sollte eine „Formel“ für einen Frieden sein, die Präsident Wolodymyr Selenskyj bereits im November 2022 beim G20-Gipfel vorgestellt hatte und die unter anderem eine Wiederherstellung der territorialen

Integrität der Ukraine, den Abzug der russischen Truppen und Sicherheitsgarantien für die Ukraine vorsieht. Der Gipfel sollte nach Möglichkeit in der UN-Zentrale in New York stattfinden, so Außenminister Dmytro Kuleba. UN-Generalsekretär António Guterres könne als Vermittler fungieren. Ehe die Ukraine direkt mit Russland verhandele, müsse die Führung in Moskau sich für Kriegsverbrechen verantworten, etwa vor einem internationalen Tribunal.⁴⁶

Friedensinitiative von Lula da Silva

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat am 1. Februar 2023 eine Vermittlungsinitiative Brasiliens und Chinas für eine Beendigung des Ukrainekriegs vorgeschlagen.

„Es ist notwendig, eine Gruppe von Ländern zu bilden, die stark genug ist und respektiert wird, um sich mit den beiden an einem Verhandlungstisch zusammzusetzen.“, sagte Lula in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in der brasilianischen Hauptstadt Brasília. „Brasilien ist ein Land des Friedens. Und deswegen will Brasilien keinerlei Beteiligung an diesem Krieg, auch nicht indirekt.“, so Lula.⁴⁷

Auf seinem ersten Amtsbesuch in Washington Anfang Februar 2023 sprach Präsident Lula ausführlich mit US-Präsident Biden über das Thema und sagte, dass er sich für eine Vermittlungsinitiative zur Verfügung stelle. Zugleich erteilte er den USA eine Absage für eine Beteiligung an Waffenlieferungen an die Ukraine. Bei seinem Besuch in Spanien im April 2023 erklärte er, dass es eine „G20 des Friedens“ brauche.⁴⁸ Der brasilianische Regierungschef fürchtet, dass sich der Konflikt in der Ukraine zu einer großen, nicht mehr kontrollierbaren Konfrontation ausweiten könnte, die Wohlstand und eine nachhaltige Entwicklung weltweit gefährden würde. Diese Botschaft übermittelte Lulas Berater Celso Amorim bei seinem Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj im April 2023.⁴⁹

43 <https://gadebate.un.org/en/77/mexico>, <https://economictimes.indiatimes.com/news/international/world-news/mexico-wants-un-panel-including-secretary-general-guterres-pope-pm-modi-broker-peace-between-russia-ukraine/articleshow/94385630.cms>

44 <https://www.jungewelt.de/artikel/435316.ruf-nach-diplomatie.html>

45 <https://gadebate.un.org/en/77/senegal>

46 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/friedensgipfel-kuleba-debatte-ukraine-krieg-russland-100.html>

47 <https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-Brasilianischer-Praesident-Lula-will-gemeinsam-mit-Xi-vermitteln-article23881189.html>

48 <https://www.berliner-zeitung.de/news/friedensgespraech-mit-russland-ukraine-brasilien-praesident-lula-da-silva-will-g20-des-friedens-und-verstaendnis-gegenueber-china-li.342192>

49 <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/globale-spaltung-6798/>

Chinas 12-Punkte-Plan

Chinas Präsident Xi Jinping hatte am 24. Februar 2023 einen 12-Punkte-Friedensplan veröffentlicht, in dem ein Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine vorgeschlagen wird, sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen⁵⁰. Im Mai 2023 war der chinesische Sonderbeauftragte Li Hui zu Gesprächen in Kiew und Moskau. Aus seiner Sicht sei es noch sehr schwierig, beide Seiten zu Verhandlungen zu bewegen, aber er glaube, dass keine der zwei Konfliktparteien „die Tür für Verhandlungen fest verschlossen habe“.

China könne sich die erneute Entsendung einer Delegation zur Vermittlung vorstellen.⁵¹

Der chinesische 12-Punkte-Plan enthält viele international anerkannte Prinzipien des internationalen Rechts und „hebt auch zentrale Maximen der Konfliktforschung zur Deeskalation und zum Start von Friedensgesprächen hervor. Er hütet sich, noch dazu in dieser frühen Phase, konkrete Vorschläge zu machen ...“, so die Bewertung des Friedensforschers Prof. Werner Wintersteiner. Er bescheinigt dem Plan „eine friedenspolitische, völkerrechtliche und UNO-konforme Diktion.“⁵²

Afrikanische Friedensdelegation

Zudem setzt sich eine afrikanische Delegation für Frieden in der Ukraine ein. Sie traf zunächst den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der gegenüber der Delegation Verhandlungen ablehnte, solange Russland nicht zumindest seine Truppen aus der Ukraine abzieht.⁵³ Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und andere afrikanische Staats- und Regierungschefs diskutierten dann im Juni 2023 mit dem russischen Präsidenten Putin über einen Friedensplan für die Ukraine. Ramaphosa nannte zehn Hauptpunkte des Friedensplans. Dazu gehören die gegenseitige Deeskalation des Konflikts, diplomatische Verhandlungen und die Anerkennung der Souveränität der beteiligten Staaten gemäß den Prinzipien der UN-Charta. Zudem betonte er die Notwendigkeit der Wiedereröffnung des Schwarzen Meeres für den Getreideexport, den Austausch von Kriegsgefangenen und den Wiederauf-

bau nach dem Krieg. Laut dem Wirtschaftsdienst Bloomberg wies Putin viele der Vorschläge zurück.⁵⁴

Ein zweites Treffen Putins mit den Leitern der afrikanischen Delegation fand anlässlich des Russland-Afrika-Gipfels in St. Petersburg am 28. Juli 2023 statt. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa forderte unbeirrt die Öffnung des Schwarzen Meeres für Getreidelieferungen sowie ein „konstruktives Engagement und Verhandlungen“. Sie könnten zu einem Ende des Krieges führen.

Indonesiens Friedensplan

Indonesien hat Anfang Juni 2023 auf dem Sicherheitstreffen Shangri-La Dialog in Singapur einen Friedensplan für die Ukraine vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet unter anderem einen Waffenstillstand und die Errichtung einer entmilitarisierten Zone. Sowohl Russland als auch die Ukraine sollten sich um 15 Kilometer von ihren derzeitigen Stellungen zurückziehen. Eine UN-Friedenstruppe könne diese Zone dann überwachen. Es solle zudem ein Referendum abgehalten werden, um die Wünsche der Mehrheit der Bewohner*innen in den Regionen zu ermitteln. Kiew hat den Friedensplan zurückgewiesen.⁵⁵

Diplomatische Gespräche in Kopenhagen und Dschidda

In Kopenhagen gab es am 25. Juli 2023 ein informelles Treffen von Repräsentanten der G7-Staaten, der Ukraine und mehreren Ländern des Globalen Südens zur Beendigung des Ukrainekrieges. Dabei waren fünf Staaten, die auf unterschiedlicher Ebene bereits als Vermittler tätig waren bzw. sind – die BRICS-Staaten Brasilien, Indien und Südafrika sowie die Türkei und Saudi-Arabien, das einen Gefangenaustausch organisiert hatte.

Die in Kopenhagen gestarteten Gespräche sind am 5. und 6. August 2023 in Saudi-Arabien fortgesetzt worden. Laut Tagesschau lud der Golfstaat zu einer „Friedenskonferenz“ nach Dschidda ein.⁵⁶ Beteiligt waren Vertreter*innen aus rund 40 Ländern.

⁵⁰ <https://www.merkur.de/politik/moskau-ukraine-krieg-news-aktuell-waffenstillstand-chinas-12-punkte-plan-xi-putin-kreml-92106692.html>

⁵¹ <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-freitag-268.html>

⁵² https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Wintersteiner_Chinas_12_Punkte_Plan.pdf

⁵³ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/afrika-ukraine-friedensplan-krieg-100.html>

⁵⁴ <https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Afrikanische-Laender-mit-Friedensplan-in-Kiew-und-Moskau-9190913.html>

⁵⁵ <https://www.deutschlandfunk.de/indonesien-legt-friedensplan-vor-kiew-lehnt-umgehend-ab-100.html>

⁵⁶ <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-sonntag-326.html#Saudi-Arabien>



Nach Angaben des ukrainischen Präsidentsamtes ging es um die „Friedensformel“ von Präsident Selenskyj, die insbesondere den Abzug aller russischer Truppen aus der Ukraine vorsieht.⁵⁷

Andere Quellen sehen eher Erwägungen im Westen im Hintergrund, „den Krieg nach dem Ende der aktuellen ukrainischen Militäroffensive zu stoppen“ und „die exzessiven Ausgaben für die ukrainische Kriegsführung zumindest zu reduzieren.“⁵⁸

Kommunikationskanäle

Obwohl Telefonate keine Verhandlungen ersetzen, können sie den Weg dahin ebnen. Was die Friedensforschung betont, unterstrich auch der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin im Mai 2022: Es sei notwendig, die Kommunikationskanäle offenzuhalten. In einem Telefonat mit dem russischen Außenminister forderte er im Mai 2022 eine „sofortige Waffenruhe“. Auch Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron hatten mehrfach mit Russlands Präsidenten Putin telefoniert. Dabei ging es um ein Ende der Kampfhandlungen und den Umgang mit Kriegsgefangenen.

III Friedensforschung, Expert*innen, Militärs und Thinktanks

Stimmen aus der deutschen Friedensforschung und Wissenschaft

Dr. Anne Holper und Prof. Dr. Lars Kirchhoff, Leiter des Center for Peace Mediation an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt, kritisierten im Mai 2022, dass Waffenlieferungen und Verhandlungen als Entweder-oder-Frage behandelt werden. Das führe dazu, dass der notwendige öffentliche und parlamentarische Druck für eine „international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative“ bislang ausgeblieben sei. Es sei allerdings notwendig, rechtzeitig ein umfassendes Verhandlungspaket vorzubereiten. Wenn es zu einer militärischen Pattsituation kommen sollte, würde sich ein günstiges Zeitfenster für Verhandlungen öffnen. Wann das Zeitfenster aufgehe, sei schwer vorherzusagen, die Vermittlungsinitiative müsse dann aber schnell einsatzbereit sein.

Es wäre vor allem wichtig, dass Russland und die USA miteinander sprechen würden, weil beide Nuklearmächte „einen Korridor für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine schaffen könnten“, so die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff im Oktober 2022⁵⁹. Es gehe zunächst darum, überhaupt Gespräche anzustoßen, wenn auch noch keine Verhandlungen. Vor diesem Hintergrund wird von verschiedenen Expert*innen über ein „Einfrieren“ des Krieges nachgedacht. Allerdings zeige die Erfahrung, dass eingefrorene Kriege schnell wieder zu einem gewaltsamen Konflikt eskalieren können. Es sei deshalb ein internationaler Vermittlungsprozess notwendig, der konsequent die Verhandlungen und Regelungen der strittigen Fragen gewährleiste.⁶⁰

Vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ hatten im Juni 2022 auch die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik gewarnt.⁶¹ Sie empfahlen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Atomkriegsrisiko erhöhen sowie Kommunikationskanäle zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträger*innen zu erhalten, zu verbessern und falls nicht mehr vorhanden, wieder aufzubauen. Auch die „Deep Cuts Commission“ forderte Russland, die USA und die NATO-Länder im Februar 2022 auf, konkrete Schritte für Rüstungskontrolle, Transparenz und Risikominderung hinsichtlich der nuklearen Bedrohung zu unternehmen.⁶²

Eine Einschätzung zu statistisch-empirischen Untersuchungen zu Kriegsbeendigungen gibt Wolfgang Schreiber. Danach spielen Waffenlieferungen für Kriegsbeendigungen erst dann eine positive Rolle, „wenn diese Form der Unterstützung eingestellt wird.“⁶³

Friedenschancen nach Friedrich Glasl

In Zeiten einer erhöhten Spannung dürfe die direkte Kommunikation zwischen den Konfliktparteien niemals verlassen werden, so Friedensforscher Prof. Friedrich Glasl. Bei indirekter Kommunikation bestehe die Gefahr, dass die Eskalation durch Fehlerquellen, Verzerrungen, Missverständnisse und Unterstellungen vorangetrieben werde. Zudem sei es wichtig, dass neutrale und bündnisfreie Staaten auf die möglichen Schäden einer weiteren Eskalation des Ukrainekrieges bis hin zum Atomkrieg hinweisen.

57 <https://www.rnd.de/politik/ukraine-treibt-friedensplan-voran-verhandlungen-mit-usa-treffen-in-saudi-arabien-DPIMZGVFLRPDXBDI2PLPFJIPYY.html>

58 <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9315>

59 <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/friedensforscherin-deitelhoff-nukleare-grossmaechte-kapitulieren-nicht-18410186.html?premium=0xac5ef761f6c64482a37865b6e9e526dd&GEPC=s5>

60 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sechs-monate-ukrainekrieg-aus-der-sicht-der-eskalationsforschung>

61 <https://gi.de/meldung/offener-brief-gi-mitglieder-warnen-vor-atomkrieg-aus-versehen>

62 https://deepcuts.org/images/PDF/Statement_Deep_Cuts_Commission_Ukraine.pdf

63 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/die-ukraine-wird-gewinnen/>

„Was den Krieg in der Ukraine so außerordentlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach sieben Monaten Krieg alle Kriegsparteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen.“

(Michael von der Schulenburg)

Glasl erklärt zudem, dass affektgetriebene Rüstungsreflexe keinerlei abschreckende oder deeskalierende Wirkung hätten. Im Gegenteil: „In den letzten 150 Jahren hat sich gezeigt, dass ein Wettrüsten – entgegen seinem erklärten Zweck – keine Kriege verhindert, sondern diese paradoxerweise sogar produziert und intensiviert.“⁶⁴ Um aus dem Teufelskreis des Rüstungsreflexes auszubrechen, seien Initiativen zu deeskalierenden Aktionen notwendig. Durch deeskalierende Vorleistungen könne die Bereitschaft deutlich gemacht werden, die entstandenen Spannungen ernsthaft reduzieren zu wollen (GRIT-Methode⁶⁵).⁶⁶

Nach Glasl entwickelt sich die Eskalation von Konflikten in drei Hauptphasen („win-win“, „win-lose“, „lose-lose“) und insgesamt neun Stufen (Stufe 9: „Gemeinsam in den Abgrund“). Bis zur Stufe 7 („Begrenzte Vernichtungsschläge“) sei eine Vermittlung/Mediation möglich, bis zur Stufe 8 („Zersplitterung“) ein Schiedsgerichtsverfahren. Auf der Stufe 9 sei die Lösung des Konfliktes ohne Eingreifen von außen nicht mehr möglich.

Glasl beschreibt die Eskalation nach seinem Stufenschema so: „Es gab also in der Ukraine schon vor dem 24. Februar 2022 einen Krieg auf der Eskalationsstufe 7 (meines 9-Stufen-Modells), der dann durch den Überfall Russlands plötzlich, so meine Analyse, über die Schwelle zur Stufe 8 eskalierte. Das jetzige Verhalten der kriegführenden Parteien – Moskau, Kiew, Washington, NATO-Brüssel – lässt deutlich erkennen, dass es innerhalb der Stufe 8 noch eine Reihe von »roten Linien« gibt. Diese wurden einige Zeit betont und respektiert, bis auch sie von der einen oder anderen Partei überschritten wurden. Hier und da war dies gewollt, sehr oft aber geschah es, weil sich kriegerische Ereignisse der Kalkulierbarkeit und Steuerbarkeit doch entziehen. Trotz der Fixierung der kriegsaktiven Parteien auf eine militärische Entscheidung, ist deutlich zu sehen, dass den Entscheider*innen bewusst ist, dass ein Überschreiten der Schwelle zur Eskalationsstufe 9 apokalyptische Folgen hätte. Und ich hoffe inständig, dass sich alle wenigstens dieser Verantwortung bewusst bleiben.“⁶⁷

Friedensgutachten

Die vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute empfehlen in ihrem Friedensgutachten 2022⁶⁸, Russland zu einer Verhandlungslösung zu bewegen: „Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz des Putin-Regimes zu propagieren, sollte Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden.“ Das Ziel solle gleichzeitig sein, „diplomatische Auswege aus dem Krieg aufzuzeigen, sodass sich die russische Führung zu Verhandlungen bereitfindet.“

Das Friedensgutachten 2022 hält die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung schwerer Waffen für „nachvollziehbar“, es empfiehlt sie allerdings nicht. Die Friedensforscher*innen betonen: „(Es) muss im zeitlichen Verlauf und entsprechend des Kontexts kontinuierlich überprüft werden, inwiefern Waffenlieferungen in die Ukraine sinnvoll und nicht kontraproduktiv sind. Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist zentral, doch zugleich gilt der Imperativ, die Gefahr einer nuklearen Konfrontation, eine weitere Ausweitung des Krieges und nachfolgend auch die Proliferation der gelieferten Waffen in andere Konfliktregionen zu vermeiden.“

Um das Risiko einer nuklearen Eskalation zu verringern, solle die NATO öffentlich einen Verzicht auf den nuklearen Erstschatz erklären. Die Atomwaffenbestände seien auf dem aktuellen Niveau einzufrieren. An anderer Stelle heißt es: „Deutschland sollte erklären, sich an keinem Ersteinsatz von Kernwaffen zu beteiligen und bei den Kernwaffenstaaten dafür werben, entsprechende „No-First-Use“-Erklärungen abzugeben.“⁶⁹ Im Gutachten heißt es weiter: „Eine dauerhaft friedliche Welt ist nur durch langfristige Abrüstung von Kernwaffen zu erreichen. Der Bundesregierung kommt eine besondere Rolle als Brückenbauerin zu: zwischen Mitgliedern des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) und des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten sowie innerhalb der EU und der NATO.“

64 https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/Glasl_fertig.PDF

65 GRIT: „Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction“, eine psychologisch begründete Strategie zur Deeskalation internationaler Konflikte.

66 ebd.

67 <https://wissenschaft-und-frieden.de/blog/sheliazhenko-war-nonviolent-intervention/#top>

68 http://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/01.Gutachten_Gesamt/FGA2022_Gesamt.pdf

69 http://friedensgutachten.de/user/pages/05.ueber-uns/Pressemitteilung_Friedensgutachten_2022.pdf



Selbst „wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag“, sei es an der Zeit Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung zu entwickeln, so das Fazit.

Im aktuellen Friedensgutachten 2023 sprechen sich die Autor*innen für Waffenlieferungen aus. Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe blieben notwendig, um die Selbstverteidigung der Ukraine zu ermöglichen und das Völkerrecht wiederherzustellen. Friedensverhandlungen seien gegenwärtig weder für die Ukraine noch für Europa eine Option. Die Friedensforscher*innen schreiben aber auch: „Verhandlungen müssen bereits jetzt vorbereitet werden. Eine zukünftige, internationale Verhandlungsinitiative muss vom gescheiterten Minsk-Prozess lernen und mit substanziellen Sicherheitsgarantien für die Ukraine verbunden werden“.70 Dabei gehe es darum, Staaten und Persönlichkeiten in einer internationalen Kontaktgruppe zusammenzuführen, gemeinsam mit anderen Regierungen mögliche Verhandlungsgegenstände zu skizzieren und Lösungsansätze zu diskutieren. Dabei sei es geboten, Initiativen aus nicht-westlichen Staaten, etwa aus China oder Brasilien, einzubinden, soweit das möglich sei.

In ihrer Rezension des Gutachtens vermisst die Friedensforscherin Christine Schweitzer in Hinblick auf die Waffenlieferungen an die Ukraine „Zwischenpositionen“, z. B. den Verzicht auf die Lieferung von Offensivwaffen, „deren Nichtlieferung nicht zu einer Kapitulation der Ukraine, aber zur Stärkung ihrer Bereitschaft, sich ihrerseits auf Verhandlungen einzulassen, führen könnte.“71

Friedenslogik

Die Friedenslogik versucht, vom Ziel des Friedens her zu denken. Friedenslogische Positionen im Ukrainekrieg hat die AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 11. Mai 2022 erarbeitet.72 Die Autor*innen empfehlen: Alles dafür zu tun, um (1.) die Gewalt zu beenden, (2.) den Konflikt zu deeskalieren und konstruktiv zu transformieren, (3.) Opfer zu schützen und Leid zu mildern, (4.) Völkerrecht und Menschenrechte zu stärken und (5.) Selbstreflexion und Empathie zu fördern. Dazu hätten alle Beteiligten sich nicht nur von einseitigen, gewaltorientierten Durchsetzungsstrategien zu verabschieden, sondern auch an ihren Dominanzansprüchen bzw. Maximalforderungen Abstriche zu machen: Das betreffe beispielsweise bei der NATO das Selbstver-

ständnis als Hegemonialakteur, bei Russland die imperialen Ambitionen in seiner Nachbarschaft und bei der Ukraine den strammen NATO-Integrationskurs. Dass Kiew im Kontext der Istanbuler Verhandlungen Ende März einen Neutralitätsstatus, wenn auch mit Sicherheitsgarantieren versehen, ins Spiel gebracht habe, weise in die richtige Richtung.

Diplomatischer Druck für Waffenstillstandsgespräche

Wenn es zu einer militärischen Pattsituation kommen sollte, würde sich ein günstiges Zeitfenster für Verhandlungen öffnen, hieß es im Sommer 2022 aus Kreisen der Friedensforschung. Gemäß dem „Friedensgutachten 2022“ sollte „Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden“. Bisher haben allerdings weder das Warten auf ein militärisches Patt noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein solches Zeitfenster eröffnen können. Angesichts der fortgeschrittenen Eskalation sind die Kriegsparteien in diesem Zustand kaum mehr in der Lage, aus eigenen Kräften aus der Verhärtung auszubrechen.73 Das führt zu der Frage: Können die Konfliktparteien diplomatisch dazu gebracht werden, auf Verhandlungen und Kompromisse einzugehen, die bei sicher jeweils unterschiedlichen Perspektiven zunächst als schmerzhaft oder ungerecht wahrgenommen werden?

Grundsätzlich ist vorstellbar, dass China oder Indien auf die russische Regierung einwirken; die EU und die USA sind gefragt, mit der Ukraine zu sprechen. In Betracht für Vermittlungsgespräche kommt zudem die Türkei, die das Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland sowie den Vereinten Nationen im Juli 2022 erfolgreich verhandelt hat.74 Inzwischen haben sich zudem Brasilien, Indonesien sowie eine Gruppe afrikanischer Staaten als potenzielle Vermittler engagiert.

Vorschläge von Diplomat*innen, außenpolitischen Expert*innen, Militärs und Thinktanks

Viele Diplomat*innen, außenpolitische Expert*innen und hochrangige Militärs drängen die westliche Staatengemeinschaft, auf Verhandlungslösungen hinzuwirken. Verlangt wird in diesem Zusammenhang auch, die Waffenlieferungen zu beenden bzw. zu

70 <https://www.friedensgutachten.de/2023/ausgabe>

71 <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/noch-lange-kein-frieden>

72 <https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB-Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf>

73 Karim P. Fathie: Der Russland-Ukraine-Krieg: <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-1-jenseits-der-eskalation/>

74 https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_f%C3%BCr_den_sicheren_Transport_von_Getreide_und_Lebensmitteln_aus_ukrainischen_H%C3%A4fen

begrenzen, z. B. vom ehemaligen militärpolitischen Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel, General a.D. Erich Vad⁷⁵ der schon früh gefordert hat, den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her zu denken. In einem Interview mit der Zeitschrift EMMA vom Januar 2023 kritisierte er die Lieferung schwerer deutscher Panzer als militärische Eskalation, mit der sich Deutschland auf eine Rutschbahn begeben, die eine Eigendynamik entwickeln könnte, die nicht mehr zu steuern sei. „Und ohne ein politisch strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen Militarismus pur.“⁷⁶

Ähnlich äußerte sich auch Ex-Generalinspekteur Harald Kujat: „Ich finde es erstaunlich, dass die westlichen Regierungen das alles so hinnehmen, ohne zu versuchen, diese Eskalationsschraube zu unterbrechen und zu verhindern, dass aus dieser Situation eine Katastrophe entsteht, so wie sie der amerikanische Präsident geschildert hat.“⁷⁷ Da die Kriegsparteien sich gegenwärtig in einer Pattsituation befänden, wäre nun der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.⁷⁸

Der US-amerikanische Generalstabschef Mark Milley sagte im November 2022, Kiew habe so viel erreicht, wie zu erreichen sei und solle seine Erfolge am Verhandlungstisch festigen. Da ein militärischer Sieg nicht zu erwarten sei, sollte Washington diplomatische Bemühungen aufnehmen, um einen Verhandlungsfrieden zu erreichen. Alles andere würde unnötig Ressourcen und Menschenleben kosten. Milley verband seinen Aufruf mit einem Hinweis auf den Ersten Weltkrieg, wo die Weigerung der Kriegsparteien, in Verhandlungen einzutreten, Millionen zusätzliche sinnlose Opfern forderte.⁷⁹

Prof. Dr. Johannes Varwick warnte bereits im Juli 2022 davor, die Eskalationsrisiken dieses Krieges zu unterschätzen und drängte darauf, den Konflikt zunächst einzufrieren. Immer mehr Waffen führten offenkundig nur dazu, dass Russland weiter eskaliere und dieser Krieg blutiger sowie länger würde. Bei einem Kompromiss allerdings, so Johannes Varwick, müsste der Westen einen Status

quo akzeptieren, der ihm nicht gefällt. Es werde „keine Seite Maximalforderungen durchsetzen können, auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist.“⁸⁰ „Verhandeln, um eine weitere Eskalation zu verhindern,“ forderte Johannes Varwick im August 2023 in der Frankfurter Rundschau. Er verwies auf die Möglichkeiten der aktuell zahlreichen internationalen Initiativen und machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass das Szenario einer massiven Eskalation des Krieges zu wenig diskutiert würde. Es könnte im weiteren Verlauf zu einer militärischen „Auseinandersetzung zwischen der NATO oder einzelnen NATO-Staaten und Russland“ kommen oder auch zum Einsatz von Atomwaffen.⁸¹

Angesichts der Eskalationsgefahr empfiehlt Jeffrey Sachs, Europa sollte beide Kriegsparteien an den Verhandlungstisch drängen und die USA und Großbritannien auffordern, einen Kompromiss statt eines fortgesetzten Krieges zu unterstützen.⁸² Ähnlich äußerte sich Klaus von Dohnanyi in der Emma-Ausgabe von September/Oktober 2022: „Eine Verhandlungslösung sehe ich nur, wenn die USA von den Europäern als die wichtigste Kriegspartei verstanden werden.“ Als wichtigster Waffenlieferant der Ukraine müssten die USA die Ukrainer drängen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, so auch Jack F. Matlock, ehemaliger US-Botschafter in Moskau.⁸³

Auch der ehemalige Diplomat der OSZE und der UN, Michael von der Schulenburg, der im Rang eines beigeordneten Generalsekretärs für die UNO in vielen Krisenherden im Einsatz war, fordert, dass es in der Ukraine darum gehen müsse, den Frieden zu gewinnen und nicht den Krieg: „Was den Krieg in der Ukraine so außerordentlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach sieben Monaten Krieg alle Kriegsparteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen. Trotz des drohenden Atomkriegs gibt es zwischen dem Westen und Russland keine diplomatischen Kanäle, um Missverständnissen vorzubeugen, eine weitere Eskalation zu vermeiden und die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung zu schaffen.“⁸⁴

75 Ukraine-Krieg: Ex-Merkel-Berater Vad warnt vor Lieferung von schweren Waffen – Potenziell „Weg in den 3. Weltkrieg“, Stern, 12.04.2022

76 Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?, Emma, 12. 1.2023

77 <https://www.youtube.com/watch?v=quCj5vXlcQ0>

78 General a.D. Harald Kujat*, Ukrainekonflikt: „Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen“, Zeitgeschehen im Fokus, 18.1.2023

79 Top U.S. General Urges Diplomacy in Ukraine While Biden Advisers Resist Gen. Mark A. Milley, the chairman of the Joint Chiefs of Staff, has made the case that the Ukrainians should try to cement their gains at the bargaining table., New York Times, 10.11.2022 und U.S. scrambles to reassure Ukraine after Milley comments on negotiations, Politico 14.11.2022

80 Der Ukraine-Krieg muss eingefroren werden, der Freitag, 22.07.2022

81 <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/angriffskrieg-gegen-die-ukraine-verhandeln-um-eine-weitere-eskalation-zu-verhindern-92439875.html>

82 <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohldeswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634>

83 <https://responsiblestatacraft.org/2022/10/17/on-ukraine-the-us-is-on-the-hook-to-find-a-way-out/>

84 <https://michael-von-der-schulenburg.com/in-der-ukraine-muss-es-darum-gehenden-frieden-und-nicht-den-krieg-zu-gewinnen/Michael von der Schulenburg, Wall Street International Magazine, 10.9-2022>



Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat Mitte Januar 2023 für Friedensgespräche plädiert. Grundlage solle der Frontverlauf vor dem russischen Großangriff vor einem Jahr sein. Europa und die USA sollten die Ukraine weiter militärisch unterstützen, bis im Land der Status quo zu Kriegsbeginn wiederhergestellt sei. Konkret bedeute das, dass die Front entlang der Linie im Donbass eingefroren werden solle, an der sich ukrainische Truppen und von Moskau gesteuerte Rebellen vor dem russischen Großangriff am 24. Februar vergangenen Jahres gegenüberstanden.⁸⁵

Anfang Februar 2023 riet zudem die einflussreiche US-Denkfabrik RAND Corporation zu Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. In einer aktuellen Analyse kommt RAND zu dem Ergebnis, dass ein langer Krieg zwischen Russland und der Ukraine für die US-Interessen mehr Nachteile als Vorteile bringt. Die Studie kritisiert, dass sich die politische Debatte in Washington „zu eng auf eine Dimension des Kriegsverlaufs konzentriert“. Die Autoren Samuel Charap und Miranda Pribe kommen zu dem Schluss, „dass neben der Abwendung einer möglichen Eskalation hin zu einem Russland-NATO-Krieg oder einem russischen Nukleareinsatz auch die Vermeidung eines langen Krieges eine höhere Priorität für die Vereinigten Staaten haben“ als die Rückgewinnung der territorialen Kontrolle durch die Ukraine.⁸⁶

Am 12. März 2023 veröffentlichte der langjährige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger konkrete Vorschläge für die Vorbereitung eines diplomatischen Prozesses.⁸⁷ Er schlug vor, dass eine politisch-strategische Kontaktgruppe neben die militärische Ramstein-Kontaktgruppe treten und alle denkbaren Elemente künftiger Verhandlungskonzepte ausloten solle. Sie könnte Optionen für Verhandlungsstrategien entwickeln, Textentwürfe erarbeiten und mit der Ukraine abgleichen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sollten als „Vierergruppe“ den engsten Kern bilden. Um diese Gruppe herum könne sich „ein größerer Kreis von europäischen und transatlantischen Partnern gruppieren, darunter Kanada, Spanien, Polen, Italien, die Baltischen Staaten sowie die UN, EU, OSZE und NATO“. Staaten des Globalen Südens – zum Beispiel Brasilien, Indien und China – sollten in einem weiteren Kreis mitwirken. Angesichts der

russischen Veto-Blockade im UN-Sicherheitsrat könne so „eine gewisse Ersatz-Legitimität durch eine möglichst breite internationale Beteiligung“ hergestellt werden. Ischinger schlägt vor, dass diese Gruppe Modalitäten eines möglichen Waffenstillstands abstimmt.

Dr. Martina Fischer, Referentin für Frieden und Konfliktforschung bei Brot für die Welt, bezieht sich Ende Juli 2023 in ihrem Beitrag „Wie ist dieser Krieg zu deeskalieren und zu beenden?“ unter anderem auf Ischinger und schreibt: „Viel wäre gewonnen, wenn ein Waffenstillstand erreicht würde, in dem die humanitäre Versorgung verbessert, demilitarisierte Bereiche verhandelt und so das Sterben beendet werden könnte. Ein international begleitetes Waffenstillstandsabkommen, wie es von einigen Expert:innen vorgeschlagen wurde, würde beiden Seiten abverlangen, auf Maximalforderungen zu verzichten. Die Vorstellung, dass die Ukraine zumindest zeitweilig nicht ihr gesamtes Territorium zurückerhalten kann, mag angesichts eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs sehr unbefriedigend und ungerecht anmuten. Es würde ihr aber ermöglichen, sich wirtschaftlich zu erholen und Menschenleben zu schonen. Auf dieser Basis könnte der Weg für weitergehende Vermittlungsinitiativen geebnet werden. Diese müssten sich auf ein politisches Abkommen richten, das sich auf die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht gründet und einen ‚gerechten Frieden‘ anstrebt“.⁸⁸

Die Autor*innen der jüngst veröffentlichten Inclusive Peace-Studie „Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine: Ideen und Optionen zur Vorbereitung und Gestaltung eines Verhandlungsprozesses“⁸⁹ sprechen sich für die Vorbereitung und Planung von Verhandlungen aus und präzisieren notwendige Schritte: Dazu gehöre die Schaffung diplomatischer Koordinationsmechanismen, die Bildung ziviler Allianzen, die inhaltliche Vorbereitung von Verhandlungen sowie die Entwicklung entsprechender Kommunikationsstrategien. Fast 18 Monate nach Beginn des Krieges hätten weder Russland noch die Ukraine einen entscheidenden Sieg errungen. Vergleichende Untersuchungen zeigten, dass Verhandlungen statistisch gesehen die wahrscheinlichste Chance auf eine dauerhafte Beendigung des Krieges darstellen. Sie betonen, dass die Vorbereitung von Verhandlungen, während die Kampfhandlungen noch andauern, dazu nicht im Gegensatz stehen.

85 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/weltwirtschaftsforum-davos-henry-kissinger-skizziert-friedensplan-fuer-ukraine/28929192.html>

86 <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/militaer-analyse-ukraine-geopolitik-us-denkfabrik-rand-corporation-diesen-krieg-kann-keiner-gewinnen-kehrt-jetzt-vernunft-ein-li.313682>

87 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarre-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html>

88 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523377/wie-ist-dieser-krieg-zu-deeskalieren-und-zu-beenden-teil-1/>

89 <https://www.inclusivepeace.org/wp-content/uploads/2023/08/UKR-negotiations-preparations-report-2023.pdf>

Am 25. August 2023 veröffentlichten Peter Brandt, Hajo Funke, General a. D. Harald Kujat und Horst Teltschik einen detaillierten Verhandlungsvorschlag und sprechen sich dafür aus, den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden zu beenden.⁹⁰ Laut dem Vorschlag soll der UN-Sicherheitsrat in einer ersten Phase gemäß Artikel 24 Absatz 1 der UN-Charta einen Zeit- und Ablaufplan für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und die Wiederherstellung des Friedens beschließen. In einer zweiten Phase soll es Friedensverhandlungen unter dem Vorsitz des UN-Generalsekretärs und/oder des Hohen Kommissars der UN für Frieden und Sicherheit in der Ukraine in Genf geben. In einer dritten Phase soll über eine Konferenz im KSZE-Format eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung diskutiert werden.

IV Bewegung in der Zivilbevölkerung

Meinungsumfragen unter Europäer*innen

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) veröffentlichte am 15. Juni 2022 eine Studie, die die Haltung der Menschen aus zehn europäischen Ländern hinsichtlich eines möglichen Kriegsausgangs untersucht hat.⁹¹ Die Untersuchung zeigt, dass die Europäer*innen zwar große Solidarität mit der Ukraine empfinden und Sanktionen gegen Russland befürworten, aber hinsichtlich der langfristigen Ziele gespalten sind.

35 Prozent der Befragten gehörten demnach dem „Friedenslager“ an. Sie möchten den Krieg so schnell wie möglich beendet sehen, auch wenn das Zugeständnisse von der Ukraine bedeuten würde. Das „Gerechtigkeitslager“ mit 25 Prozent der Menschen hingegen verlange, dass Russland bestraft werden müsse. Ein weiteres Fünftel (20 Prozent) lehne es ab, sich zwischen Frieden und Gerechtigkeit zu entscheiden, unterstütze aber dennoch weitgehend die Maßnahmen der EU als Reaktion auf den Krieg Russlands in der Ukraine. Die Mitglieder dieser „Swing-Gruppe“ teilten die antirussischen Gefühle des Gerechtigkeitslagers, befürchteten aber auch eine Eskalation – wie das „Friedenslager“.

Mit Ausnahme von Polen war das „Friedenslager“ in allen Ländern größer als das „Gerechtigkeitslager“. Die europäischen Bürger*innen waren besorgt über die Kosten der Wirtschaftssanktionen und die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Nur in Polen, Deutschland, Schweden und Finnland fand die Erhöhung der Militärausgaben breite öffentliche Unterstützung.

Nach Daten des Meinungsforschungsinstituts Forsa ist die Zustimmung zu Waffenlieferungen an die Ukraine in Deutschland zwischen April und Mai 2022 von 55 auf 46 Prozent gesunken.⁹² Dieser Trend bestätigt sich aktuell: In der Debatte um die Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern sind im August 2023 nach ARD-DeutschlandTrend 52 Prozent der Wahlberechtigten der Meinung, „dass Deutschland die Marschflugkörper, die gegen Ziele in größerer Entfernung eingesetzt werden können, nicht an die Ukraine liefern sollte, 36 Prozent sind dafür.“⁹³

Laut einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag von RTL Deutschland vom 26. und 29. August 2022⁹⁴ ist eine große Mehrheit von 77 Prozent der deutschen Bevölkerung zudem der Meinung, dass der Westen konkrete Bemühungen unternehmen solle, um Verhandlungen über eine Beendigung des Ukrainekrieges einzuleiten. Laut dem ARD-„DeutschlandTrend“ vom 3. November 2022 sagten 55 Prozent der Befragten, die diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung gingen nicht weit genug.⁹⁵

Eine Umfrage der Körberstiftung vom Oktober 2022⁹⁶ kommt zu dem Schluss, dass sich eine Mehrheit der Bundesbürger*innen von 52 Prozent weiterhin mehr internationale Zurückhaltung von Deutschland wünscht. 41 Prozent der Befragten befürworteten hingegen ein stärkeres Engagement Deutschlands – dieses Engagement sollte jedoch bevorzugt diplomatisch (65 Prozent) statt militärisch (14 Prozent) oder finanziell (13 Prozent) sein. Damit habe sich die Einstellung der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr (2021: 50 Prozent für Zurückhaltung) kaum verändert – ungeachtet des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ in der deut-

90 https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/sonderausgabe-vom-28-august-2023.html#article_1551

91 <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine/>

92 <https://www.rnd.de/politik/umfrage-zu-krieg-in-ukraine-das-denken-die-deutschen-ueber-waffenlieferungen-und-deutschlands-ZGCED4DYHONWLSLRH2YA76T3TQU.html>

93 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3390.html>

94 <https://www.n-tv.de/politik/77-der-Deutschen-wollen-dass-der-Westen-Verhandlungen-zum-Kriegsende-anstoest-article23556418.html>

95 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/dtrend-nov-2022-101.pdf>

96 <https://koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/deutsche-lehnen-militaerische-fueh-rungsrolle-in-europa-ab/>



schen Außen- und Sicherheitspolitik.⁹⁷ In einer repräsentativen Umfrage des ARD Deutschlandtrend, durchgeführt am 30. Januar 2023 und 1. Februar 2023, sagen 35 Prozent der Befragten in Deutschland, die Unterstützung der Ukraine mit Waffen gehe zu weit. 58 Prozent finden, es gebe zu wenig diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges.⁹⁸

In einem nicht-repräsentativen Stimmungsbild des Mitteldeutschen Rundfunks mit fast 24.000 Befragten sprachen sich im Juli 2023 knapp zwei Drittel von ihnen dagegen aus, dass die Verteidigungs-Allianz die Ukraine in der aktuellen Situation stärker als bisher unterstützt. 76 Prozent der Befragten halten einen NATO-Beitritt der Ukraine für falsch.⁹⁹

Proteste in Deutschland, Italien und Spanien

Am 27. Februar 2022 haben Hunderttausende in Berlin unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ demonstriert.¹⁰⁰ Am 13. März fanden in mehreren Städten, darunter in Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und Leipzig Demonstrationen statt bei denen unter den Organisator*innen Uneinigkeit im Hinblick auf die Forderung nach militärischer Unterstützung herrschte. Nach Angaben der Organisatoren – einem Bündnis aus Friedens-, Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften und Kirchen – waren es bundesweit 125.000 Demonstrant*innen.¹⁰¹ Am 2. Juli 2022 protestierten Tausende Menschen in Berlin gegen das 100-Milliarden-Aufrüstungspaket für die Bundeswehr. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hatte unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung“ zu der Demonstration aufgerufen.¹⁰² Am 1. Oktober 2022 folgten Tausende Menschen dem Aufruf der „Kooperation für den Frieden“ und des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ zu einem bundesweiten Aktionstag. Trotz Regen fanden deutschlandweit rund 30 Protestveranstaltungen gegen Krieg – insbesondere gegen den Krieg in der Ukraine – und für eine Umwidmung der neuen Staatsverschuldungen zugunsten einer sozialen, gerechten und ökologischen

Friedenspolitik statt.¹⁰³ Am Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2022, protestierten mehr als 100.000 Menschen vor allem in Ostdeutschland gegen die Energiekrise als Folge des Ukrainekrieges.¹⁰⁴ Nationalistische und rechtsextreme Parteien und Strömungen nutzten die berechtigten Sorgen der Bevölkerung, um Stimmung gegen die Regierung zu machen und für ihre eigene Agenda zu werben.

Am 29. Juni 2022 forderten die Unterstützer*innen des Appells „Waffenstillstand jetzt“ – darunter General a. D. Erich Vad, Jeffrey Sachs und Prof. Dr. Johannes Varwick – die westliche Staatengemeinschaft auf, den Ukrainekrieg durch Verhandlungen zu beenden.¹⁰⁵

Bis zu 50.000 Menschen nahmen an der Kundgebung „Aufstand für den Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht am 25. Februar 2023 vor dem Brandenburger Tor teil.¹⁰⁶ Sie schloss sich an das von Wagenknecht und Schwarzer verfasste „Manifest für Frieden“ an, das mittlerweile über 870.000 Menschen unterzeichnet haben¹⁰⁷. Vor und nach der Kundgebung gab es eine kontroverse Debatte über den Text des „Manifests“ sowie darüber, ob die Distanzierung der Veranstalterinnen von Rechts ausreichend gewesen sei.

Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen hat das „Manifest für den Frieden“ gemeinsam mit 68 weiteren Personen als Erstunterzeichner*in unterstützt. Die IPPNW war allerdings nicht Mitveranstalter*in der Kundgebung und lehnte es „in aller Schärfe und jeder Form ab, dass rechtsextreme politische Gruppen versuchen, Einfluss auf Friedensaktivitäten zu nehmen. Chauvinismus und Frieden passen nicht zusammen.“¹⁰⁸ Die IPPNW steht zu Inhalt und Kernaussage des Manifests und positioniert sich klar gegen eine weitere Eskalation des Krieges. „Es ist notwendig, diplomatische Verhandlungen zu Waffenstillstand und Frieden voranzubringen“, heißt es in der IPPNW-Erklärung vom 21. Februar 2023.

97 <https://koerber-stiftung.de/projekte/the-berlin-pulse/2022-23/>

98 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-109.pdf>

99 <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/mdrfragt-umfrage-ergebnisse-nato-gipfel-ukraine-russland-100.html>

100 <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/grossdemonstration-strasse-des-17--juni-berlin-russland-invasion-putin.html>

101 <https://www.rnd.de/politik/putins-krieg-mega-demos-in-deutschland-fuer-frieden-mit-putin-pappmache-figur-DLH4B7RVV3FYET2BWIQD5UEMWE.html>

102 <https://zivilezeitenwende.de/>

103 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1167386.heisser-herbst-diplomatisches-ringen.html>

104 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/tag-der-deutschen-einheit-demonstrationen-ostdeutschland>

105 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>

106 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/demonstration-ukraine-berlin-schwarzer-wagenknecht-100.html>, Video von der Kundgebung <https://www.youtube.com/watch?v=4J9J1jbe0mg&t=1s>

107 <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

108 https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Manifest_fuer_Frieden_Erklarung_IPPNW.pdf

In Italien gab es aufgrund des Ukrainekrieges innenpolitische Spannungen und öffentliche Proteste. Hafentarbeiter in Italien weigerten sich, Waffen, Munition und Sprengstoff für die Ukraine zu verschiffen. Die Partei „Fünf Sterne“ wollte eine Resolution verabschieden, in der gefordert wurde, keine weiteren Waffen aus Italien an die Ukraine zu liefern. In der Resolution hieß es, Russland führe einen Zermürbungskrieg, der militärisch nicht zu gewinnen sei. Es müsse eine diplomatische Lösung gefunden werden. Italiens Außenminister Luigi Di Maio trat in Folge des Streits aus der Fünf-Sterne-Bewegung aus.¹⁰⁹ Mitte Oktober 2022 gab es dezentrale Aktionen in über 100 italienischen Städten für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Am 5. November 2022 haben in Rom 100.000 Menschen einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn internationaler Friedensverhandlungen für die Ukraine gefordert. Der Aufruf der Plattform „Europe for Peace“ wurde von 600 Organisationen unterstützt. Darin werden ein Verbot aller Atomwaffen, Waffenstillstand jetzt und Verhandlungen für den Frieden verlangt. Die UN solle eine internationale Friedenskonferenz einberufen.¹¹⁰

Auch in Spanien gab es im Vorfeld des NATO-Gipfels Proteste gegen die spanischen Militärausgaben, die wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine erhöht werden sollen.¹¹¹

Ein internationaler Appell für einen weihnachtlichen Frieden in der Ukraine wurde am 19. Dezember 2022 offiziell an den UN-Generalsekretär António Guterres gesandt. 72 Friedens- und friedensbezogenen Organisationen auf der ganzen Welt unterstützten den Appell.¹¹²

Auf europäischer Ebene gibt es eine Initiative, die sich für Frieden in der Ukraine einsetzt. In dem Bündnis „Europe4Peace“ sind Gruppen und Organisationen u.a. aus Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Österreich aktiv.¹¹³

Deserteure in der Ukraine, Belarus und Russland

Nach Angaben der EU halten sich mehr als 650.000 Ukrainer zwischen 18 und 60 Jahren in den europäischen Staaten auf.¹¹⁴ Die ukrainische Regierung wolle erreichen, dass ukrainische

Männer, die sich als Flüchtlinge in der EU aufhalten, in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden. Letztlich werden Zwangsrekrutierung als Ziel der Abschiebungen vermutet.¹¹⁵

Zahlreiche russische Soldaten sollen dem ukrainischen Geheimdienst zufolge den Dienst verweigert haben. Auch Kriegsgegner und -gegnerinnen sowohl in Russland als auch in der Ukraine berichten, dass viele Berufssoldaten und Wehrpflichtige in Russland sich weigerten, zu kämpfen.¹¹⁶

Schätzungsweise 22.000 belarussische Wehrpflichtige haben ihr Land verlassen, weil sie sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. In Belarus gibt es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In Russland wird es Reservisten und Soldaten verwehrt und damit denjenigen, die der Teilmobilisierung unterlagen.¹¹⁷ In mehreren Fällen wurden in Russland inzwischen Männer auf Grundlage von Gesetzen über Desertion und unerlaubter Entfernung während der Mobilisierung und der Kampfeinsätze zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.¹¹⁸ Auch in Belarus sitzen Männer im Gefängnis, weil sie sich weigerten, in die Armee einzutreten. In der Ukraine ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeschränkt und nicht garantiert. Seit Beginn des Krieges wurde es ganz ausgesetzt und die Grenze für Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen.¹¹⁹ Im Mai und Juni 2022 wurden dort zwei Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt.¹²⁰ Etwa 3.000 Männer aus der Ukraine haben allein in Moldawien Asyl beantragt. Kyryl Molchanov von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung beklagt Repressionen gegenüber Kriegsdienstverweigerern, die sich kriegskritisch äußern. Ukrainische Kriegsdienstverweigerer suchten nach Möglichkeiten, das Land zu verlassen und Zuflucht zu finden.¹²¹ Im März 2022 hat ein zivilgesellschaftliches Bündnis in einem Appell an den Deutschen Bundestag gefordert, sowohl russischen und belarussischen als auch ukrainischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren Schutz und Asyl zu gewähren.¹²² Kriegsverweigerung und Desertation allein sind in Deutschland kein Grund

109 <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/italien-fuenf-sterne-bewegung-zerfaellt-li.239182>

110 <https://sbilanciamoci.info/nationale-friedens-demonstration-in-rom-am-5-november/>

111 <https://www.berliner-zeitung.de/news/tausende-auf-der-strasse-nato-gegner-demonstrieren-vor-gipfel-in-madrid-li.240569>

112 <https://www.christmasappeal.ipb.org/>

113 <https://sbilanciamoci.info/europe-for-peace>

114 <https://www.deutschlandfunk.de/pro-asyl-betont-recht-auf-verweigern-des-kriegsdienstes-102.html>

115 <https://www.jungwelt.de/artikel/458481.ukraine-krieg-abschieben-in-den-krieg.html>

116 <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-news-russland-armee-putin-offizier-verweigerung-bericht-cnn-truppen-kampf-91566673.html>

117 <https://de.connection-ev.org/article-3683>

118 <https://www.ksta.de/panorama/ukraine-krieg-russischer-soldat-verweigert-dienst-fuenf-jahre-haft-390638>, <https://de.connection-ev.org/article-3723>

119 <https://www.proasyl.de/hintergrund/kriegsdienstverweigerung-und-desertion-belarus-russische-foederation-und-ukraine/> <https://de.connection-ev.org/article-2547>

120 <https://de.connection-ev.org/article-3594>

121 <https://www.ipnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/schutz-fuer-deserteure-aus-der-ukrain.html>

122 <https://www.ipnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/breites-buendnis-for-dert-schutz-und-a.html>



für Asyl. Im Mai 2022 hat Deutschland zugesagt, dass Deserteure und Kriegsdienstverweigerer sowie Oppositionelle aus Russland geschützt werden sollen. Doch wer sich vorsorglich diesem Krieg entzieht, steht bisher vor geschlossenen EU-Grenzen. Die ersten Bescheide des Bundesamtes für Migration belegen dies.

Connection e.V. setzt sich für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstentziehung müssen als oppositionelle politische Handlungen gewertet werden. Kriegsdienstverweigerung sei ein Menschenrecht, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Urteil vom 7. Juli 2011 feststellte.

Zivilgesellschaft in der Ukraine

In einem Appell der „Ukraine Solidarity Campaign“, einem Bündnis von Organisationen der ukrainischen Zivilgesellschaft, kritisieren die Autor*innen, dass Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und Russland in Wirklichkeit Anforderungen zur Aufgabe ihrer Souveränität und territorialen Integrität seien.¹²³ An anderer Stelle heißt es aber auch: „Wir begrüßen die fortgesetzte internationale Vermittlung und Vermittlungsunterstützung für humanitäre Verhandlungen, die den Rückzug Russlands und den Austausch von Kriegsgefangenen, die Rückkehr deportierter ukrainischer Kinder, die Beseitigung der nuklearen Bedrohung und den freien Transport von Getreide zum Ziel haben. Diese sind enorm wichtig und sollten aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden“.

Es gibt in der Ukraine aber auch andere Stimmen wie die der „Ukrainischen Pazifistischen Bewegung“¹²⁴, die sich für die Beendigung des Krieges mit friedlichen Mitteln und für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausspricht. „Was wir brauchen, sind ein Waffenstillstand, Friedensgespräche und ernsthafte Bemühungen, die tragischen Fehler zu korrigieren, die auf beiden Seiten des Konflikts gemacht wurden. Eine Verlängerung des Krieges hat katastrophale, tödliche Folgen und zerstört weiterhin die Gesellschaft und die Umwelt – nicht nur in der Ukraine, sondern in der ganzen Welt“, heißt es in einer Erklärung vom 21. September 2022.^{125, 126} Das Beispiel der Women’s Initiatives for Peace in Donbas(s) zeigt zudem, dass Dialog auch

im eskalierten Konflikt möglich ist – so schwierig das seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist.¹²⁷

Vom 21. bis 23. Oktober 2022 führte das Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KIIS) eine Umfrage unter 1.000 Befragte in allen Regionen der Ukraine (mit Ausnahme der Krim) durch. 86 Prozent der Befragten gaben an, dass der bewaffnete Kampf auf jeden Fall fortgesetzt werden müsse. Nur 10 Prozent der Befragten antworteten, dass es notwendig sei, Verhandlungen zu führen, um den Beschuss so schnell wie möglich einzustellen, auch wenn dafür Zugeständnisse an Russland erforderlich seien. Auffällig ist, dass diese Meinung im Osten des Landes mit 29 Prozent deutlich höher ausfällt.¹²⁸

Ziviler Widerstand

Soziale Verteidigung ist ein nicht-militärisches Verteidigungskonzept. Es beruht laut Ulrich Stadtmann vom Bund für soziale Verteidigung auf zivilem Widerstand, dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration und internationaler nicht-militärischer Unterstützung.¹²⁹ Immer wieder gab es Berichte über zivilen Widerstand im Ukraine-Krieg wie z. B. in Cherson. Ein Jahr nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in den Separatistengebieten führte das Internationale Soziologische Institut in Kiew eine repräsentative Umfrage unter Ukrainer*innen durch zu der Frage, wie die Menschen handeln wollen, wenn es zu einem Angriff auf ihre Stadt und zu deren Besetzung käme. Ein Drittel wusste keine Antwort, 15 Prozent wollten fliehen, 25 Prozent wollten sich militärisch wehren und mehr als 25 Prozent sprachen sich für zivilen Widerstand aus.¹³⁰

Der Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech weist zudem auf das Konzept der „unverteidigten Städte“ hin. Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ist es untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen. Im zweiten Weltkrieg sei dieser Ausweg von zahlreichen Städten aus Angst vor der brutalen Kriegsführung der Nazis gewählt worden: Rotterdam 1940, Paris, Brüssel, Belgrad 1941, Rom 1943, Orvieto, Florenz, Athen 1944.¹³¹

2011 veröffentlichten die US-Politologinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan eine Studie „Warum ziviler Widerstand funktio-

123 <https://ukrainsolidaritycampaign.org/2023/05/26/ukraine-peace-appeal/>

124 <https://pacifism.org.ua/en/about>

125 <https://www.agf-trier.de/aktuelles/neuigkeiten/erklarung-der-ukrainischen-pazifistischen-bewegung/> Wegen dieser Erklärung wurde Yurii Sheliazhenko, Kriegsdienstverweigerer, Pazifist, und Exekutivsekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung am 15. August 2023 in Kiew unter teilweisen Hausarrest gestellt, da ihm vorgeworfen wird, „die russische Aggression zu rechtfertigen“.

126 <https://de.connection-ev.org/article-3863>

127 <https://taz.de/Friedensaktivistinnen-ueber-die-Ukraine/!5839846/>

128 <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1151&page=1>

129 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/nicht-anerkennen-nicht-kooperieren/>

130 https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/

131 <https://www.heise.de/tp/features/So-koennen-wir-die-Staedte-der-Ukraine-vor-dem-Krieg-bewahren-6544805.html>

niert¹³². Sie hatten insgesamt 323 Konflikte im Zeitraum 1900 bis 2005 weltweit untersucht und kamen zu dem Ergebnis, dass gewaltfreie Aufstände fast doppelt so oft erfolgreich waren wie gewaltsame Aufstände. Die Wahrscheinlichkeit einer Demokratie fünf Jahre nach dem Konflikt war zehnmal höher bei gewaltfreiem Vorgehen. Unter den untersuchten Konflikten waren auch zahlreiche Territorialstreitigkeiten und militärische Auseinandersetzungen.

Die globale Studie „Wie Frieden gewonnen wird – von zivilem Widerstand zu dauerhafter Demokratie“ weist zivilen Widerstand als Schlüsselfaktor bei 50 von 67 Transformationen autoritärer Staaten zwischen 1972 und 2005 nach. Gewaltfrei erreichte Übergänge führen zu einem größeren Maß an politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten.¹³³

Felip Daza untersuchte in der Studie „Ukrainian Resistance in the face of war“ die verschiedenen Formen des gewaltfreien Widerstandes in der Ukraine¹³⁴. Er dokumentierte insgesamt 235 gewaltfreie Aktionen, mit 148 Protesthandlungen, 51 Unterlassungshandlungen und 36 gewaltfreies Eingreifen im Zeitraum Februar bis Juni 2022. Die Mehrheit der Aktionen fand in Kherson und Saporischschja statt. Zunächst war der Widerstand öffentlich sichtbar, zum Beispiel in der Form von öffentlichen Demonstrationen und dem sich Entgegenstellen vor russischen Panzern. Mit zunehmender Repression seitens der russischen Truppen in den besetzten Gebieten nahm die Sichtbarkeit des gewaltlosen Widerstandes ab und dieser wurde diskreter und verdeckter. Daza weist darauf hin, dass der Zivile Widerstand von der großen Mehrheit der Aktivist*innen eher als Ergänzung denn als Alternative zu militärischem Widerstand gesehen wird. So informierten (und informieren) Zivilist*innen das Militär über Positionen der russischen Armee und über Kollaborateure oder führen Sabotageakte durch“ wird dazu in einer Rezension von Christine Schweitzer ausgeführt.¹³⁵

Proteste der Zivilgesellschaft in Russland

Der Widerstand der Zivilgesellschaft in Russland wird repressiv unterdrückt. Am Tag des Beginns des Ukrainekrieges wurden mehr als 1.700 Demonstranten in 53 Städten in ganz Russland von der Polizei festgenommen. Am 2. März 2022 protestierten

Menschen in mehr als 25 russischen Städten. Am 4. März verabschiedete die russische Regierung ein Zensurgesetz, wonach Proteste gegen den Krieg mit Strafen von bis zu 15 Jahren Gefängnis geahndet werden. Am Wochenende des 19. und 20. März demonstrierten erneut Menschen in zahlreichen Städten Russlands gegen den Krieg. Gegen die Teilmobilmachung im Rahmen des Ukrainekriegs gingen im September in Russland wieder Tausende Menschen auf die Straße. Bei den Demonstrationen wurden mehr als 1.300 Menschen festgenommen. In Moskau riefen die Menschen „Nein zum Krieg!“ oder forderten ein „Russland ohne Putin“.¹³⁶ Laut dem OVD-Info, einem unabhängigen Menschenrechtsmedienprojekt, gab es knapp 20.000 Festnahmen bei Protesten gegen Krieg und Mobilmachung seit dem 24. Februar 2022.¹³⁷

Den Antikriegsauftrag des russischen Bürgerrechtlers Lew Ponomarjow unterzeichneten bis zum 28. Februar 2022 über eine Million Menschen. Lew Ponomarjow wurde ohne Angabe von Gründen am 28. Februar festgenommen. Russische Wissenschaftler*innen haben am 24. Februar 2022 in einem offenen Brief gegen die Invasion Russlands in der Ukraine protestiert.¹³⁸ Der offene Brief wurde bis zum 7. März 2022 von über 7.750 Personen, darunter zahlreiche Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, mit Angabe des Namens und der wissenschaftlichen Institution unterschrieben.

Die russische und die ukrainische Sektion der IPPNW veröffentlichten am 17. März 2022 eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen den Krieg in der Ukraine aussprachen und vor einer weiteren Eskalation bis hin zum Atomkrieg warnten.¹³⁹ Die Erklärung vereint die Mediziner*innen über die Kriegsgrenzen hinweg und baut auf dem Grundsatz der ärztlichen Pflicht auf, Menschen gleichberechtigt und ohne Vorurteile zu helfen. Beide Sektionen betonten zudem die tiefe Verbindung zwischen Russland und Ukraine: familiär, kulturell und ökonomisch. Darüber hinaus hatten sich Anfang März 2022 mehr als 17.000 russische Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräfte für ein Ende der Kampfhandlungen ausgesprochen.^{140, 141}

132 <http://cup.columbia.edu/book/why-civil-resistance-works/9780231156820>

133 <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/198211>

134 https://novact.org/wp-content/uploads/2022/10/ENG_VF.pdf (deutsch unter https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Ukraine_Gewaltfreier_Ziviler_Widerstand_Studie_2022.pdf)

135 <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/buchbesprechung-felip-daza-sierra>

136 <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-tausende-protestieren-russland-putin-teilmobilmachung-festnahmen-91804159.html>

137 <https://ovdinfo.org/>

138 <https://t-invariant.org/2022/02/we-are-against-war/>

139 <https://www.ippnw.org/wp-content/uploads/2022/03/Joint-Russia-Ukraine-Statement-16-March-2022.docx.pdf>

140 <https://madmed.media/open-letter/>

141 Kurz darauf stimmten beide Kammern des russischen Parlaments für ein Gesetz, nach dem Russ*innen für die Verbreitung „kritischer Informationen über den Krieg in der Ukraine“ bis zu 15 Jahre Haft drohen.



Eine Gruppe kommunaler Abgeordneter von St. Petersburg beschloss am 7. September 2022 einen Appell einzureichen. Die sieben Politiker fordern, Putin solle wegen Hochverrats angeklagt und des Amtes enthoben werden.¹⁴² Eine Petition für den Rücktritt von Präsident Putin wurde bisher von mehr als 40 Lokalpolitiker*innen aus insgesamt 18 Bezirken St. Petersburgs sowie der Hauptstadt Moskau unterzeichnet.¹⁴³

Bei Protesten gegen die Teilmobilisierung im November 2022 ging die russische Polizei teils brutal gegen Teilnehmer vor. Das Menschenrechtsportal ovd.info berichtete, insgesamt seien landesweit mindestens 710 Protestierende in 32 Städten festgenommen worden. Fast die Hälfte der Festnahmen habe es in Moskau gegeben.¹⁴⁴

V Forderungen der IPPNW

Hamburger Erklärung

Die Friedensnobelpreisträgerin IPPNW fordert in der am 30. April 2022 verabschiedeten Hamburger Erklärung¹⁴⁵ einen sofortigen Waffenstillstand. Die Ärzt*innenorganisation spricht sich darüber hinaus für langfristige Verhandlungen über einen Friedensprozess aus, der die Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligten Staaten einschließlich Russlands auf der Basis eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes berücksichtigt.

Um Verhandlungen und Diplomatie voranzubringen, schlägt die IPPNW den Einsatz von Mediator*innen, z. B. durch den UN-Generalsekretär, durch blockfreie Staaten oder den Papst vor.

Berliner Leitantrag zum Ukrainekrieg

Mit ihrem Beschluss auf der IPPNW-Mitgliederversammlung vom 10. Juni 2023 forderte die IPPNW erneut ein umgehendes Ende der Kampfhandlungen und ein Waffenstillstandsabkommen, um die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung der Krise unter internationaler Vermittlung und Kontrolle zu schaffen. Die Inhalte der Vereinbarungen müssten unter Einbeziehung der

unmittelbaren Kriegsparteien und unter Beachtung internationalen Rechts verhandelt werden.¹⁴⁶

Verhinderung eines Atomkrieges

Atomare Abschreckung ist kein Mittel der Kriegsverhütung, sondern birgt die Gefahr einer globalen Katastrophe. Die IPPNW fordert daher als ersten Schritt von Russland und den USA einen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen. Über eine Million Menschen unterstützten diese Forderung bereits mit einer Petition.¹⁴⁷ Beide Länder müssen die ca. 2.000 Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft nehmen. Diese Maßnahme würde die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen reduzieren.

Sowohl Russland als auch die NATO rüsten derzeit nuklear auf: Russland hat angekündigt im Sommer atomwaffenfähige Raketen in Belarus zu stationieren¹⁴⁸.

Gleichzeitig werden derzeit in Deutschland die in Büchel stationierten US-Atomwaffen modernisiert und durch B61-12 Bomben ersetzt. Diese sind lenkfähig und mit flexibler Sprengkraft einsetzbar. Damit sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz. Eine enorme Gefahr, die Deutschland nicht unterstützen dürfte. Stattdessen müsste Deutschland auf die Stationierung der modernisierten US-Atomwaffen komplett verzichten. Ein weiterer Schritt könnte ein genereller Verzicht auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Territorium der NATO-Länder sein. Mit Blick auf den Ukrainekrieg und die erhöhte Atomkriegsgefahr könnten Länder wie Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande und die Türkei erklären, auf die nukleare Teilhabe zu verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Im Gegenzug müsste mit Russland darüber verhandelt werden, die Atomwaffendepots in Kaliningrad zurückzubauen und auf eine Stationierung von Atomwaffen in Belarus zu verzichten.¹⁴⁹

Die IPPNW fordert zudem ein Verbot von Militärangriffen auf Atomkraftwerke. Grundsätzlich fallen Atomkraftwerke nach der Genfer Konvention (Art. 56, Abs.1, S1 des 1. Zusatzprotokolls) unter den besonderen Schutz „gefährlicher Anlagen“ wie z.B. Staudämme, vor deren Zerstörung die Zivilbevölkerung geschützt werden muss. Da Atomanlagen immer auch „Dual Use-Objekte“ sind, die sowohl der zivilen als auch der militärischen Nutzung dienen, konnten sich die Vertragsparteien der Genfer Konvention

142 <https://www.tagesschau.de/ausland/joferew-putin-kommunalpolitik-kritik-101.html>

143 https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100051936/russland-kritik-an-wladimir-putin-alles-ist-schiefgelaufen-.html

144 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/teilmobilisierung-russland-proteste-festnahmen-101.html>

145 https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Resolution_lm_Sturm_den_Friedenskurs_halten.pdf

146 http://news.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Dokumente/Leitantrag_Ukrainekrieg.pdf

147 Avaaz Petition „No Nuclear War over Ukraine“ https://secure.avaaz.org/community_petitions/en/nato_and_the_russian_federation_no_nuclear_war_over_ukraine/

148 <https://fas.org/publication/russian-nuclear-weapons-deployment-plans-in-belarus-is-the-re-visual-confirmation/>

149 <https://fas.org/blogs/security/2018/06/kaliningrad>

in den 70-er Jahren nicht darauf einigen, Atomkraftwerke grundsätzlich aus Kriegshandlungen herauszunehmen. Daher gibt es im Völkerrecht bisher keine klaren Regeln über Abstands- und Sicherheitszonen um Atomkraftwerke. Die IPPNW mahnt die internationale Gemeinschaft anlässlich des Ukrainekrieges, diese Lücke im Völkerrecht zu schließen. Dringend notwendig ist, dass sich die russischen Truppen um die Atomanlagen zurückziehen und diese zum Schutz der Zivilbevölkerung zu vollständig entmilitarisierten Zonen von beiden Kriegsparteien werden. Nach wochenlangen internationalen Bemühungen konnten die Inspektoren der IAEA endlich Anfang September 2022 das AKW Saporischschja inspizieren.

In ihrem Bericht vom 6. September 2022 forderte die internationale Atomenergiekommission IAEA die sofortige Einstellung des Beschusses und die Einrichtung einer „Schutzzone“ rund um das Atomkraftwerk. Der Chef der IAEA, Rafael Grossi, bezeichnet die Lage vor Ort als „unhaltbar“, sie stelle „eine dauernde Bedrohung der Sicherheit dar, denn Schutzfunktionen (insbesondere zur Eindämmung der Radioaktivität und zur Kühlung) könnten beeinträchtigt werden“.¹⁵⁰ Die Inspektoren stellten erhebliche Schäden fest: Im Dach eines Gebäudes, in dem neue Brennstäbe und radioaktive Abfälle gelagert werden, klaffte ein Loch. Besorgt äußerten sie sich auch über die Arbeitsbedingungen des ukrainischen Personals, das Schikanen der russischen Armee ausgesetzt sei. Die Forderung nach Schaffung einer demilitarisierten Zone um das AKW scheiterte bisher am Widerstand beider Kriegsparteien.

Laut wissenschaftlichen Modellen würde ein schwerer Atomunfall im ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja Landwirtschaft und Natur in Nachbarländern beeinträchtigen. Der österreichische Atomexperte Nikolaus Müllner stellte am 2. August 2023 in Wien einen von der IPPNW in Auftrag gegebenen Zwischenbericht zu seinen Forschungen vor. Seine meteorologischen Modellrechnungen ergaben, dass ein Gebiet von 20 bis 30 Kilometern rund um das russisch besetzte AKW mit hoher Wahrscheinlichkeit so mit Cäsium verstrahlt wäre, dass eine Sperrzone eingerichtet werden müsste. Mit geringerer Wahrscheinlichkeit könnte sich diese Zone in gewissen Richtungen bis zu 200 Kilometer erstrecken¹⁵¹.

Friedenslogik statt Kriegslogik

Die IPPNW kritisiert das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr scharf. Zur Beendigung des Ukrainekrieges wird die geplante Aufrüstung nicht beitragen. Im Gegen-

teil: Mit der nuklearen Aufrüstung durch die Stationierung der neuen B61-12 Atomwaffen in Europa sowie dem Kauf der F35-Kampffjets kann der Konflikt eskalieren.

Neben der Aufrüstung sieht die IPPNW auch die Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch. In dem auf der Mitgliederversammlung 2023 verabschiedeten Leitanspruch spricht sich die Ärzt*innenorganisation gegen die beschlossene Lieferung von Kampfpanzern und Kampffjets aus. Diese Waffenlieferungen würden die „roten Linien“ erneut verschieben. Den Willen von Teilen der ukrainischen Bevölkerung, sich mit Waffen zu verteidigen, stellt die IPPNW damit nicht infrage. Sie weist darauf hin, dass jede Waffenlieferung eine Verschärfung der Lage und die Verlängerung des Krieges bedeutet. Gleichzeitig verstärken Waffen den Stellvertreterkriegscharakter. Waffenlieferungen erhöhen die Zahl der menschlichen Opfer und die Zerstörung der Infrastruktur. Sie dienen nicht nur der Verteidigung, sondern „wandern“ weiter und erschweren zivile Maßnahmen der Verteidigung. Durch die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine droht Deutschland in den Sog des Krieges hineingezogen zu werden. Bei einer weiteren Eskalation des Krieges besteht die Gefahr eines möglichen Einsatzes von Atomwaffen.¹⁵²

Feindbildabbau

Das Schaffen von Feindbildern ist ein üblicher Mechanismus der Kriegspropaganda. Dabei geht darum, andere zu entmenschlichen und als Persönlichkeiten zu negieren. So wurde der russische Präsident Wladimir Putin bereits mit Hitler gleichgesetzt. „Diese beklemmende Logik finden wir bei allen politischen Verfolgungen, bei der Ausgrenzung ethnischer oder religiöser Gruppen, aber auch bei internationalen Schuldzuweisungen (wie den Russen oder der Achse des Bösen).“¹⁵³

Die IPPNW fordert, sich dem Aufbau von Feindbildern entgegenzustellen. Wichtig sei es, den zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausch mit Russland aufrechtzuerhalten. Städtepartnerschaften mit Russland sollten erhalten bleiben. Sanktionen auf kultureller, sportlicher und wissenschaftlicher Ebene lehnt die IPPNW ab. Ebenso fordert sie den Verzicht auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik.

150 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-iaea-bericht-saporischschja-101.html>
151 https://www.ippnw.de/commonFiles/ppt/Muellner_Nuclear_Plants_in_Warzones.pdf

152 Die IPPNW klärt in dem Faltblatt „Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen“ über die langfristigen Folgen von Waffenlieferungen auf: https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt_Waffenlieferungen.pdf

153 „Feindbilder und Kriegslogik – ein Beitrag zur psychosozialen Dimension“, IPPNW-Forum 2/2022



Fazit

„Friedensfähig ist nur, wer über die Kriegslogiken hinaus denkt und diplomatische Optionen entwickelt, Gewaltkonflikte zumindest einzufrieren, um sie mittel- bis langfristig zu lösen“, heißt es in den Schlussfolgerungen des Friedensgutachtens 2022.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben wir zunächst einen Bewaffnungsreflex aller direkt und indirekt beteiligten Staaten mit dem Schwerpunkt Europa erlebt, einem Denk- und Handlungsmuster der Kriegslogik folgend. Mit dem „Mythos der erlösenden Gewalt“ wird auf die Angst- und Verunsicherungsgefühle der Bevölkerung reagiert. Gegenseitiges Feindbilddenken sowie Entmenschlichung des Gegners nehmen zunehmend auch in den Zivilgesellschaften einen großen Raum ein. Inzwischen befinden wir uns schon lange in einer Eskalationsspirale, deren Ende nicht absehbar ist. Mit jedem Tag nimmt die Unversöhnlichkeit zu, die Fronten verhärten sich mehr und mehr.

Als Ärzt*innen setzen wir von der IPPNW uns für ein Ende der Gewalt und für Schadensminimierung ein. Im Sinne von Friedenslogik müssen schon während des Ukrainekrieges Vorbereitungen getroffen werden für die Zeit des Waffenstillstandes und die Zeit nach dem Kriegsende. In diesem Sinne fordern wir verstärkte internationale diplomatische Bemühungen gemäß den UN-Resolutionen. Verhandlungen zur Beendigung des Kriegs sind angesichts der derzeitigen bedrohlichen Situation die einzig zielführende Maßnahme.

Bisher haben weder das Warten auf ein militärisches Patt noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffenstillstandsgespräche eröffnen können. Angesichts der fortgeschrittenen Eskalation im Ukrainekrieg sind die Konfliktparteien in dieser Phase kaum mehr in der Lage, aus eigenen Kräften aus der Verhärtung auszubrechen. Das führt zu der Frage, wie auf die Konfliktparteien Druck ausgeübt werden kann und muss, sich zu Verhandlungen und zu Kompromissen bereit zu finden. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, und insbesondere die mit den Konfliktparteien verbündeten Nationen sind in der Pflicht, auf die Krieg führenden Parteien Einfluss zu nehmen und auf einen Waffenstillstand zu drängen.

In jüngster Zeit gab es mehrere Friedensinitiativen und Vermittlungsangebote. Sie kamen beispielsweise aus Indonesien, China, Brasilien, Frankreich, dem Vatikan und mehreren afrikanischen Staaten. Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva setzt sich vehement für einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung ein. Er kündigte im Februar 2023 an, einen sogenann-

ten „Friedensclub“ zu gründen.¹⁵⁴ Chinas Präsident Xi Jinping hat am 24. Februar 2023 einen 12-Punkte-Friedensplan veröffentlicht, in dem ein Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine vorgeschlagen wird, sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen.¹⁵⁵ Zudem setzt sich eine afrikanische Delegation von mehreren Staats- und Regierungschefs um den südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa für einen Friedensplan für die Ukraine ein.

Den entscheidenden Einfluss auf die Ukraine haben nach überwiegender Expertenmeinung die USA, insbesondere weil sie die entscheidende militärische und ökonomische Unterstützung für die Ukraine bieten. Bereits im Oktober letzten Jahres sah Jack F. Matlock Jr., Ex-Botschafter der USA in Moskau, Washington in der Pflicht, die Ukraine zu einer Waffenruhe zu drängen. Dazu dürfte es am ehesten kommen, wenn die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern kippt.¹⁵⁶

„Wenn eine Koalition von Staaten zustande kommt, die als Mediatorin auftritt, braucht es erst recht eine starke Zivilgesellschaft und Friedensbewegung, um in Kooperation, aber auch unabhängig von diesen Bemühungen, als Friedenskraft aufzutreten“, so Prof. Werner Wintersteiner.¹⁵⁷

Dies ist die fünfte Version unseres Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ nach der ersten Version vom 27. Juli 2022, einer Aktualisierung vom 31. August 2022 sowie weiteren von November 2022 und Februar 2023. Im Verlauf der Zeit sind weitere Vorschläge entstanden, und die Dynamik des Krieges mit seiner Eskalation rückt neue Gesichtspunkte in den Fokus.

154 <https://www.fr.de/politik/brasilien-lula-ukraine-krieg-frieden-verhandlungen-putin-block-freiheit-usa-zr-92260409.html>

155 <https://www.merkur.de/politik/moskau-ukraine-krieg-news-aktuell-waffenstillstand-chinas-12-punkte-plan-xi-putin-kreml-92106692.html>

156 <https://responsibletatecraft.org/2022/10/17/on-ukraine-the-us-is-on-the-hook-to-find-a-way-out/>

157 https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Wintersteiner_Chinas_12_Punkte-Plan.pdf



**Download dieses Papiers:
ippnw.de/bit/waffenstillstand**

////////////////////////////////////IMPRESSUM////////////////////////////////////



Bestellmöglichkeit in der IPPNW-Geschäftsstelle:

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. · Körtestraße 10 · 10967 Berlin
Tel.: +49 (0)30 698 074-0 · Fax: +49 (0)30 683 8166 · ippnw@ippnw.de · www.ippnw.de

© IPPNW e.V., Juli 2022 – aktualisiert am 19. September 2023
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.
V.i.S.d.P.: Dr. Angelika Claußen

Spendenkonto:

IPPNW e.V. · GLS Bank · IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01 · BIC: GENODEM1GLS